



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

## RUSSLAND IM NAHEN OSTEN: INTERESSENS- UND AKTEURSKONSTELLATIONEN

■ ANALYSE Russland und die regionalen Mächte im Nahen und Mittleren Osten: Patiencen, die nicht aufgehen Irina Zvyagelskaya (Institut für Oststudien der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau)	2	■ UMFRAGE Russlands Image im Nahen Osten	16
■ STATISTIK Russlands Waffenexporte und Entwicklungshilfe für Syrien	6	■ STATISTIK Russlands Wirtschaftsbeziehungen mit ausgewählten Ländern des Nahen Ostens	18
■ UMFRAGE Einstellungen der russischen Bevölkerung zu Russlands Beteiligung am Syrien-Konflikt	7	■ ANALYSE Chemiewaffenkontrolle unter Stress – Syrien und Salisbury als Lackmustests für das internationale Verbot chemischer Waffen Una Becker-Jakob (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main)	21
■ ANALYSE Pragmatisch, taktisch, opportun: Die russisch-iranische Allianz im Nahen Osten Azadeh Zamirrad (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	9	■ DOKUMENTATION Russlands neues Kabinett	25
■ ANALYSE Russland und das Königreich Saudi-Arabien: Zwischen Syrien und der OPEC Nikolay Kozhanov (Europäische Universität in St. Petersburg)	12	■ CHRONIK 14. – 31. Mai 2018	29

## Russland und die regionalen Mächte im Nahen und Mittleren Osten: Patienzen, die nicht aufgehen

Irina Zvyagelskaya (Institut für Oststudien der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau)

### Zusammenfassung

Russland spielt im Nahen und Mittleren Osten eine aktive Rolle und kooperiert dabei eng mit unterschiedlichen, nicht selten widerstreitenden regionalen Mächten. Diese Akteure spielen eine wichtige Rolle im Konflikt in Syrien, wo sie ihre eigenen Interessen zu sichern versuchen und sich dabei der Ressource Russland bedienen. Moskau stößt ungeachtet seines insgesamt erfolgreichen Kurses im Nahen und Mittleren Osten auf ernste Probleme, die auf die Politik seiner Partner und situationsgebundene Kooperationen in der Region zurückzuführen sind. Im vorliegenden Beitrag werden die Beziehungen Russlands zum Iran, zu Israel und zur Türkei im Kontext der Syrien-Krise untersucht.

### Russland im Nahen und Mittleren Osten: Die Kunst des Manövrierens

Die Rückkehr Russlands in den Nahen und Mittleren Osten erfolgt vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl und Intensität der Konflikte in der Region, von denen der Syrien-Konflikt nur einer ist. Letzterer ist ein Beispiel für einen vielschichtigen Konflikt, bei dem im Kontext eines Bürgerkrieges äußere Mächte tätig sind und regionale Akteure eine große Rolle spielen, nämlich Staaten und nichtstaatliche Akteure, darunter auch terroristische Organisationen. Ansprüche auf eine führende Rolle haben die Türkei, der Iran und Saudi-Arabien erhoben. Auch Israel hat einen bestimmenden Einfluss auf die internationalen Beziehungen. In zweiter Reihe folgen die einflussreichen Mächte Ägypten, Jordanien und die Golfstaaten.

Die Stärkung der regionalen Kraftzentren, die ihre eigenen Ziele verfolgen, welche nicht unbedingt mit den Zielen ihrer globalen Partner übereinstimmen müssen, lässt im Kontext der Konflikte den Begriff »Zusammenarbeit« unschärfer werden. Im Nahen und Mittleren Osten bestehen für Russland taktische Allianzen und Kooperationen, die sich dort aus Moskaus eigenen Interessen in der Region ergeben haben.

Die Stationierung von Einheiten der russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte (WKS) 2015 in Syrien hatte das Ziel, die Anstrengungen im Kampf gegen den gemeinsamen Feind – den sogenannten Islamischen Staat (IS) – mit der westlichen Koalition zu koordinieren und zu versuchen, den Prozess eines von außen betriebenen gewaltsamen Regimewechsels (siehe Irak und Libyen) aufzuhalten, der aufgrund der Besonderheiten der politischen Systeme in arabischen Staaten zu Chaos und Zerstörung führen würde. Von den ursprünglichen Zielen wurden nicht alle erreicht: Zu einer engeren Koordinierung des Vorgehens mit dem Westen und vor allem mit den USA ist es nicht gekommen, auch wenn es den Genfer Prozess gibt

und die Militärs weiterhin einen Informationsaustausch unterhalten, um Zwischenfälle zu vermeiden. Die Ansätze zur Bekämpfung des Terrorismus waren ebenfalls verschieden, und der Kampf gegen den IS stellt für Russland und die Staaten des Westens keinen einigenden Faktor mehr dar, nachdem man der Terrormiliz die territoriale Basis im Irak und in Syrien genommen hatte. Zusätzlich wurde die Stärkung des Regimes von Baschar al-Assad und die Ausweitung des Territoriums, über das dieses in Syrien mit Hilfe des russischen Militärs die Kontrolle wiedergewann, zu einem erheblichen Störfaktor in den Beziehungen mit dem Westen.

Während sich in der Zusammenarbeit der globalen Mächte immer ernstere Risse zeigten, hat sich auf regionaler Ebene die Kooperation Russlands mit den Staaten dort zwar formal ausgeweitet, erfordert aber von Russland die Fähigkeit, immer geschickter zu manövrieren, die sensiblen Gleichgewichte aufrechtzuerhalten und sich aus Konflikten herauszuhalten. Einerseits tritt ein deutliches Interesse der arabischen Staaten wie auch der Türkei, des Iran und Israels an einer Beibehaltung und Ausweitung der Zusammenarbeit mit Russland zutage. Andererseits führen die zwischen diesen Akteuren bestehenden tiefen Widersprüche und Interessenskonflikte im Kontext des Syrien-Konfliktes sogar zu militärischen Zusammenstößen (Israel – Iran, Türkei – Kurden). Dabei versuchen alle beteiligten Seiten an Russland zu appellieren, dass es auf den Opponenten einen mäßigenden Einfluss geltend machen, sich einmischen, Druck ausüben usw. möge. Dadurch ergibt sich die gefährliche Tendenz, dass die Akteure in der Region ihre Agenda einer äußeren Macht aufnötigen und versuchen, diese in eine für sie fremde Welt heftigen Wettstreits sowie innerregionaler Ambitionen und Ansprüche hineinzuziehen. Diese These lässt sich anhand der Beziehungen Russlands zum Iran, zu Israel und zur Türkei illustrieren.

## Iran – der »schwierige« Verbündete im Mittleren Osten

Der Iran hat bekanntermaßen erheblich dazu beigetragen, terroristische Organisationen in Syrien und im Irak zu zerschlagen, war bei der Einrichtung von Deeskalationszonen im Rahmen des Astana-Formats beteiligt und hat zur Verringerung der Konfrontationen vor Ort beigetragen. Der positive Beitrag des Iran bei der Regulierung des Syrien-Konfliktes und seine Beteiligung an Kampfhandlungen auf Seiten al-Assads können aber die bestehenden Widersprüche zwischen Moskau und Teheran nicht aus dem Weg räumen. Diese betreffen im Übrigen nicht nur den Nahen und Mittleren Osten, sondern auch andere Regionen, in denen der Iran politisch aktiv ist.

Russland kann nicht unberücksichtigt lassen, dass der Iran für viele ein Reizfaktor ist, und dass dessen Absicht, sich stärker am Mittelmeer festzusetzen, für die meisten Länder der Region nicht hinnehmbar ist. Der Iran wird beschuldigt, in einer Reihe arabischer Staaten schiitische Gemeinschaften zur Destabilisierung der Lage einzusetzen. So wird der Konflikt im Jemen als ein Beispiel einer konfessionell begründeten Mobilisierung unter Beteiligung von Teheran betrachtet.

Das starke Misstrauen zwischen den arabischen Staaten und dem Iran hat in Wirklichkeit allerdings weniger einen konfessionellen, denn einen geopolitischen Hintergrund. Das gilt auch für die Konfrontation zwischen Saudi-Arabien und dem Iran.

Man muss zugestehen, dass Teheran seine berechtigten Interessen und Sicherheitsbedenken hat. Der Iran befürchtet, dass er in der Region marginalisiert werden und sich die Feindseligkeit von Seiten der sunnitischen Staaten verstärken könnte. Die Versuche des Iran, seine Sicherheit zu erhöhen, werden von einer Reihe von Staaten ausschließlich als Expansionismus aufgefasst. Auch wenn man sich solchen überzogenen Einschätzungen nicht anschließt, lässt sich gleichwohl nicht leugnen, dass die Beteiligung des Iran am Syrien-Konflikt auf Seiten des Assad-Regimes nicht allein durch das Bestreben diktiert war, den in Syrien kämpfenden Dschihadisten einen Schlag zu versetzen, sondern auch durch die Hoffnung auf eine strategische Dividende, die Teherans Rolle und Einfluss in der Region stärken würde.

Die Feindseligkeit, die viele arabische Staaten sowie Israel gegenüber dem Iran zeigen, hat sich zwar nicht auf Russland übertragen, Moskau aber mitunter in eine schwierige Lage gebracht. So wurde Russland zu Beginn der Intervention in Syrien vorgeworfen, dass es sich ausschließlich auf Schiiten stütze. In Wirklichkeit war der Iran in Syrien bei weitem nicht der einzige Verbündete Russlands, und Moskau hat sich in seiner Politik nie von konfessionellen Überlegungen leiten lassen. Die

Angehörigen der russischen Führung hatten wohl kaum prinzipiell eine Vorstellung von den Besonderheiten der interkonfessionellen Wechselbeziehungen im Nahen und Mittleren Osten.

Die engen Beziehungen zwischen Russland und dem Iran lassen sich dadurch erklären, dass letzterer in nächster Nachbarschaft liegt und die Beziehungen zu Teheran sich nicht auf Syrien beschränken, sondern einen Wert an sich darstellen. Für Moskau hat die Politik des Iran gegenüber der unmittelbaren Nachbarschaft in Zentralasien und dem Kaukasus große Bedeutung.

## Russland – Israel: Widersprüche und Berührungspunkte

Russland war allerdings wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Iran in Syrien genötigt, die Besorgnis anderer Staaten zur Kenntnis zu nehmen, zu denen Moskau stabile Beziehungen unterhält. Israel nimmt bekanntermaßen eine besonders markante antiiranische Haltung ein. Russland hat recht verzweigte und feste Beziehungen zu diesem Staat, die durch das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Wladimir Putin und Benjamin Netanjahu weiter gestärkt werden. Moskau mag die israelischen Befürchtungen in Bezug auf den Iran nicht teilen, kann sie aber auch nicht ignorieren.

Der wichtigste Faktor, der die israelische Feindseligkeit nährt, ist der mögliche Aufstieg des Iran zu einer atomaren Militärmacht. Für Israel hat die Wahrung seines Monopols auf ein »waffenfähiges Atompotential« vorrangige Bedeutung, und die israelische Luftwaffe ist mehrfach Angriffe gegen Atomanlagen seiner Nachbarstaaten (Irak, Syrien) geflogen, um die Möglichkeit auszuschließen, dass dort ein militärisches Atomprogramm gestartet wird. Es schien, dass das 2015 abgeschlossene Atomabkommen mit dem Iran (»Joint Comprehensive Plan of Action« – JCPOA), das den Stopp des iranischen Atomprogramms im Gegenzug für die Aussetzung der Sanktionen vorsah, einen Ausweg aus der Lage bedeuten würde. Aus Sicht der meisten israelischen Politiker und Militärs jedoch – in Israel besteht da eine eigene Art Symbiose – war das Abkommen schlecht, weil es das iranische Atomprogramm nicht vollständig aus der Welt schaffte. Andererseits war es auch besser als nichts, weil es Israel eine Atempause verschaffte.

Die Frage des Atomabkommens wurde durch die Erklärung der Trump-Administration, aus dem Abkommen aussteigen zu wollen, erneut akut. Diese Ankündigung wurde in Israel mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die Einschätzung Trumps über die Mängel des unter Präsident Obama geschlossenen Abkommens und das Versprechen, dem Iran neue Bedingungen zu stellen, fügten sich voll in die israelischen Vorstellungen von einem Verbesserungsbedarf für den »Action

Plan«. Man ging in Israel sogar weiter: Unterlagen aus den Archiven des Mossad, die belegen sollten, dass der Iran nicht an einem zivilen, sondern an einem militärischen Atomprogramm arbeitete, wurden als zusätzliche Argumente für die US-Regierung präsentiert. Andererseits kann die durch nichts provozierte Aufkündigung des Abkommens durch die USA wohl kaum als Beispiel einer Einhaltung internationaler Verpflichtungen gelten und stellt diese vielmehr prinzipiell in Frage. Schließlich bedeutete der Schritt Washingtons unweigerlich eine Zuspitzung der militärischen Konfrontation zwischen Israel und dem Iran in Syrien, wo die wechselseitigen Militärschläge umfangreicher und intensiver geworden sind.

Das Szenario eines iranisch-israelischen Krieges zu entwerfen, hieße klaren Alarmismus zu betreiben. Die Schaffung eines »iranischen Korridors« durch den Irak und Syrien bis zum Mittelmeer – ein weiteres Schreckgespenst für den Nahen und Mittleren Osten – ist derzeit ebenfalls wenig wahrscheinlich: Die Amerikaner blockieren dies im Irak. Es wird davon ausgegangen, dass das wichtigste Ziel des Iran nicht in Richtung Syrien liegt, sondern in der Errichtung von Militärstützpunkten für eine verstärkte Verbindung zur Hisbollah. Das sind auch die Ziele des Iran, die in Israel als ernste Herausforderung aufgefasst werden und nach einer unmittelbaren Antwort verlangen.

Die schiitische Hisbollah ist ein äußerst wichtiges Element in den politischen und militärischen Konstellationen der Region. Die Hisbollah steht tatsächlich in enger Verbindung zum Iran, erhält von dort Waffen (die Israelis vermelden regelmäßig die Zerstörung von Militärkonvois), und ihre Kämpfer können an die Grenze der Golanhöhen vorrücken. Die Verbindungen der Hisbollah zum Iran werden in der arabischen Welt negativ wahrgenommen. Der Golfkooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC) und die Liga der arabischen Staaten haben die Hisbollah zur terroristischen Organisation erklärt. Die Organisation, die nach den Wahlen ihren politischen Einfluss im Libanon erheblich verstärkt hat, könnte der Versuchung erliegen, in Syrien die Beziehungen zu Russland gewissermaßen als zusätzliche Ressource zu betrachten.

Israel sucht gegenwärtig nach Möglichkeiten, wie der Iran durch externe Kräfte zurückgedrängt werden könnte, und wendet sich hier vor allem an Russland. Diese Frage wurde während des Moskau-Besuchs von Ministerpräsident Netanjahu am 9. Mai 2018 mit der russischen Führung erörtert. Ze'ev Elkin, israelischer Minister für Umweltschutz und ein prominenter Politiker des Landes, bezeichnete sie sogar als zentrales Thema und unterstrich dabei die Notwendigkeit, den Versuchen des Iran entgegenzutreten, sich an Israels Nord-

grenze festzusetzen und in der Nachbarschaft eine Raketenproduktion einzurichten.

Russland befindet sich aufgrund der Interessen Israels und des Iran in einer schwierigen Lage. In Bezug auf Israel bedeuten die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Verbindungen, die sich angesichts der Visa-freiheit dynamisch entwickeln, dass Russland die Argumente Israels anhören muss. Israel hat für Russland auch wegen seiner Position zur Rolle der sowjetischen Armee im Zweiten Weltkrieg Gewicht. Das ist umso wichtiger, da in einigen europäischen Ländern die Tendenz besteht, die Geschichte neuzuschreiben, Denkmäler für Soldaten der sowjetischen Armee zu vernichten usw. Es war kein Zufall, dass der Besuch des israelischen Ministerpräsidenten ausgerechnet anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag des Sieges stattfand.

Die Möglichkeiten Russlands, auf den Iran einzuwirken, sind nicht allzu groß. Moskau hat sich auf Aufrufe zur Zurückhaltung beschränkt und mischt sich nicht in die israelisch-iranischen militärischen Auseinandersetzungen in Syrien ein. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass der Auszug der USA aus dem Atomabkommen den Radikalen im Iran in die Hände spielt, was eine Verschärfung der iranischen Politik in der Region provozieren und zu einer Verhärtung der Positionen Teherans führen könnte. Trotz der anhaltenden Probleme konnte mit Hilfe Russlands ein Kompromiss gefunden werden, laut dem die syrische Armee die Positionen an der Grenze zu Israel einnehmen würde, was die Präsenz von Iran und Hisbollah ausschließen sollte.

Für Israel ist das die annehmbarste Lösung, obwohl die syrisch-israelische Konfrontation fort dauert. Damaskus demonstriert die Bereitschaft, sein Territorium und seine Verbündeten zu verteidigen, und antwortet – wie am 10. Mai 2018 – auf den Beschuss iranischer Militär-objekte mit Raketen. Die syrischen Streitkräfte reagieren nicht allzu zielgerichtet. Der Umstand jedoch, dass Israel moderne russische Waffensysteme der syrischen Streitkräfte zerstörte (unter anderem selbstfahrende Flugabwehrsysteme vom Typ »Panzir S 1«), dürfte die Militärs in Russland sicherlich erzürnt haben.

### **Russland – Türkei: keine nachhaltig stabile Beziehung**

Auch die russisch-türkischen Beziehungen gestalten sich angesichts des Konflikts in Syrien weiterhin nicht einfach. Sie hatten 2015 eine tiefe Krise erlebt, nachdem ein russischer Bomber vom Typ SU-24 durch Raketen einer F-16 der türkischen Luftwaffe abgeschossen wurde. Die Krise konnte im weiteren Verlauf überwunden werden, wobei die Bereitschaft der Türkei zu einer Beteiligung am politischen Prozess von Astana sowie der Einrichtung von Deeskalationszonen keine geringe

Rolle gespielt haben. Darüber hinaus übernahm die Türkei die Verantwortung für die Lage in Idlib, wo sich die Kämpfer sammelten, die aus den Kampfgebieten evakuiert worden waren. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Differenzen zwischen Russland und der Türkei gibt. Ein wichtiger Streitpunkt ist die Frage der Kurden: Russland befürwortet eine kurdische Autonomie und eine eigene kurdische Delegation bei den Verhandlungen. Für die Türkei ist das nicht hinnehmbar, da sie wegen der Verbindungen der syrischen Kurden zur Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) besorgt ist, die in der Türkei als Terrororganisation gilt. Die türkischen Militäroperationen gegen die Kurden in Syrien (Operation »Schutzschild Euphrat« und »Operation Olivenzweig«) sind von Russland nie unterstützt worden. Es lässt sich getrost annehmen, dass die unerwartete Allianz mit der Türkei, die sogar russische Flugabwehrsysteme vom Typ S 400 kaufen will, vor allem unter dem Eindruck der innenpolitischen Ereignisse in der Türkei und deren komplizierter gewordenen Beziehungen zur EU und den USA zustande kam. Die syrische Front spielte hier eine eher instrumentelle Rolle, da sie Ankara bei der Suche nach Gegengewichten in seinen Streitigkeiten mit den Ländern des Westens neue Möglichkeiten bot. Bei diesem Ansatz dürften neue Meinungsverschiedenheiten zwischen Russland und der Türkei wohl alles andere als unwahrscheinlich sein.

### Fazit

Die Zusammenarbeit mit regionalen Partnern ist für Russland eine schwierige Angelegenheit. Die Partner treten allesamt, mit Ausnahme der nichtstaatlichen Akteure, als mächtige und einflussreiche Staaten auf, die klar umrissene Interessen verfolgen und zwischen denen schwierige, manchmal sogar feindselige Beziehungen bestehen. Die regionalen Akteure werden immer aktiver und betrachten dabei Konfliktsituationen als *Window of Opportunity*; die Jagd nach einseitigen Vorteilen kann die Konfrontationen innerhalb der Region nur verstärken. So hat Russland zwar der syrischen Führung bei deren Kampf gegen Terrorismus und Extremismus und für den Erhalt der Staatlichkeit geholfen und hilft ihr weiterhin, doch ist der Raum für grundsätzliche Differenzen zwischen Russland und dem Assad-Regime groß genug. Die Position Moskaus zur notwendigen politischen Regulierung des Konflikts stieß nicht immer auf

eine Unterstützung durch die syrische Führung, die die Hoffnung auf einen militärischen Sieg nicht aufgab. Gleichzeitig setzen die russischen Militärs angesichts der tatsächlichen Kräfteverschiebung in Syrien immer stärker auf al-Assad. Das erfolgt auch und vor allem mit Blick auf eine Beibehaltung der russischen Militärbasen in Latakia und Tartus, zu denen es ein Abkommen mit der jetzigen syrischen Regierung gibt.

Eine Kontaktaufnahme Russlands zu den verschiedenen Kräften im Nahen und Mittleren Osten könnte einige von ihnen womöglich tatsächlich nachgiebiger machen. Allem Anschein nach besteht die wichtigste Quelle des derzeitigen russischen Einflusses und seiner Fähigkeit, mit allen freundschaftliche Beziehungen zu pflegen (mit Saudi-Arabien, dem Iran, Israel, Ägypten, der Hisbollah, Jordanien, dem Assad-Regime in Syrien usw.), im Erfolg seiner militärischen und politischen Strategie in Syrien. Das Bestreben der führenden Staaten der Region, moderne russische Waffen zu erhalten, ihr Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, unter anderem in den Bereichen Öl und Transport, ist allerdings nur ein Aspekt der Frage. Die regionalen Akteure sind an Russland als einem Gegengewicht interessiert, das ihnen das Erreichen der eigenen Ziele erlaubt und erleichtert.

Die internationalen Beziehungen im Nahen und Mittleren Osten waren stets durch die starke Präsenz externer Mächte gekennzeichnet (das Osmanische Reich, westlicher Kolonialismus sowie zu Zeiten der bipolaren Welt die USA und die UdSSR). Die traditionelle Abhängigkeit der Region von äußeren Impulsen hat die zerbrechliche Struktur der regionalen internationalen Beziehungen geprägt und dafür gesorgt, dass es dort keine dominanten Hegemonialmächte gibt. Neue Allianzen eröffnen Russland neue Möglichkeiten, sind aber gleichzeitig eine Herausforderung, da sie durch das Bestreben der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure motiviert werden, den russischen Einfluss zu eigenen Zwecken zu nutzen, wodurch Russland in die nahöstliche Konfrontation hineingezogen werden könnte. Somit könnte der Erfolg der russischen Politik dafür sorgen, dass es Russland umso schwerer fallen wird, eine Ausstiegsstrategie zu entwickeln.

*Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder*

### Über die Autorin

Irina Zvyagelskaya ist Chief Research Associate am Institut für Oststudien der Russischen Akademie der Wissenschaften. Sie ist außerdem Professorin an der Moskauer Staatlichen Hochschule für Internationale Beziehungen (MGIMO) sowie am Institut für Afrika- und Asienstudien der Moskauer Staatlichen Universität. Zu den Forschungsschwerpunkten von Dr. Zvyagelskaya gehören Zeitgeschichte, Konfliktforschung, internationale Beziehungen und Sicherheits-

fragen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentralasien. Sie hat sieben Bücher und rund 200 Artikel veröffentlicht. Ihre jüngste Monographie *The Middle East and Central Asia: The Global Trends in Regional Performance* wird im September 2018 erscheinen.

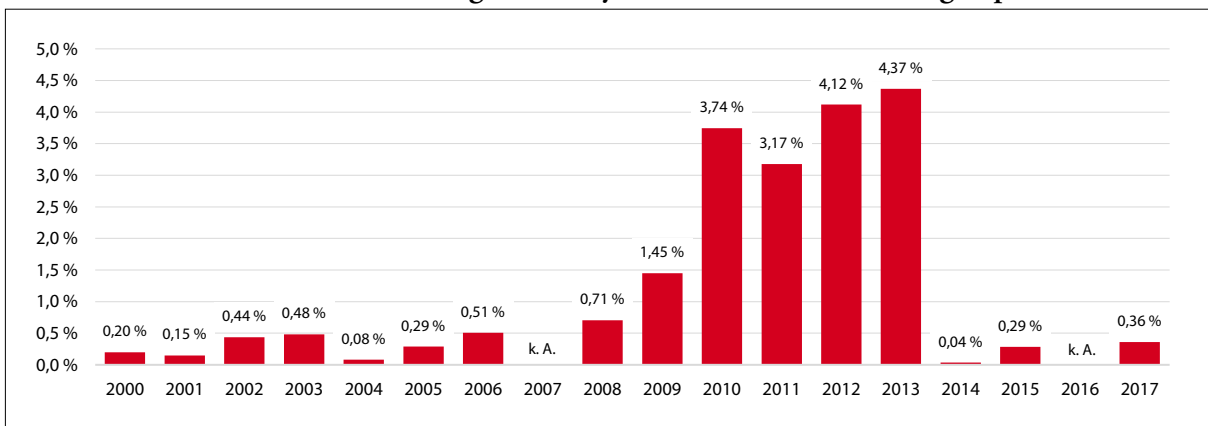
*Lesetipps*

- Kuznetsov, Vasily; Vitaly Naumkin, Irina Zvyagelskaya: *Russia in the Middle East: The Harmony of Polyphony* [Valdai Discussion Club Report], Moskau, Mai 2018, <<http://valdaiclub.com/files/18375/>>.
- Zvyagelskaya, Irina: *Russia, the New Protagonist in the Middle East*, in: Aldo Ferrari (Hg.): *Putin's Russia: Really Back?* Mailand: Ledizioni Ledi Publishing 2016.
- Irina Zvyagelskaja. *Was lief falsch in Syrien*, in: Rotary. Magazin für Deutschland und Österreich, 2016, Nr. 11, S. 35–37.

STATISTIK

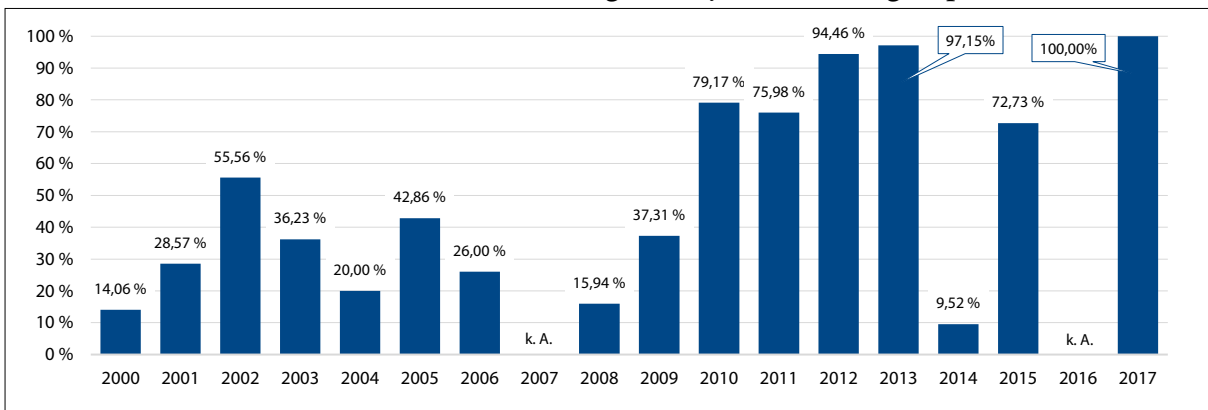
## Russlands Waffenexporte und Entwicklungshilfe für Syrien

**Grafik 1: Anteil der Waffenlieferungen nach Syrien an Russlands Rüstungsexporten**



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <<http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>>

**Grafik 2: Anteil der russischen Waffenlieferungen an Syriens Rüstungsimporten**



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <<http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>>

**Tabelle 1: Verteilung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) Russlands nach ihren wichtigsten Empfängern in Millionen US-Dollar (laufende Preise)**

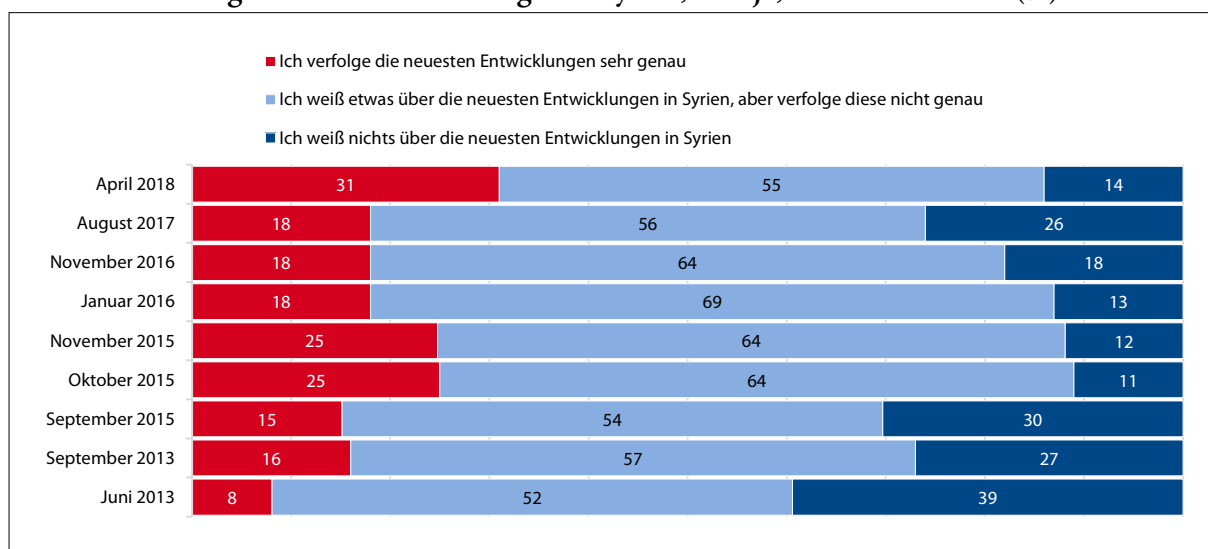
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Armenien	3,00	5,79	5,26	6,86	37,37	40,33
Demokratische Volksrepublik Korea	22,39	15,80	33,61	68,42	59,77	58,63
Kirgisistan	12,65	37,92	76,73	202,87	322,81	198,81
Nicaragua	73,63	10,86	36,40	17,24	4,56	12,04
Serbien	13,01	9,49	36,47	16,21	11,25	11,70
Syrien		11,17	12,95	7,33	22,01	4,00
Tadschikistan	6,00	15,21	17,12	19,48	21,76	13,66
Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) Russlands, insgesamt	240,40	214,71	361,85	660,29	902,37	767,12

Quelle: OECD.Stat, <<http://stats.oecd.org/>>

UMFRAGE

## Einstellungen der russischen Bevölkerung zu Russlands Beteiligung am Syrien-Konflikt

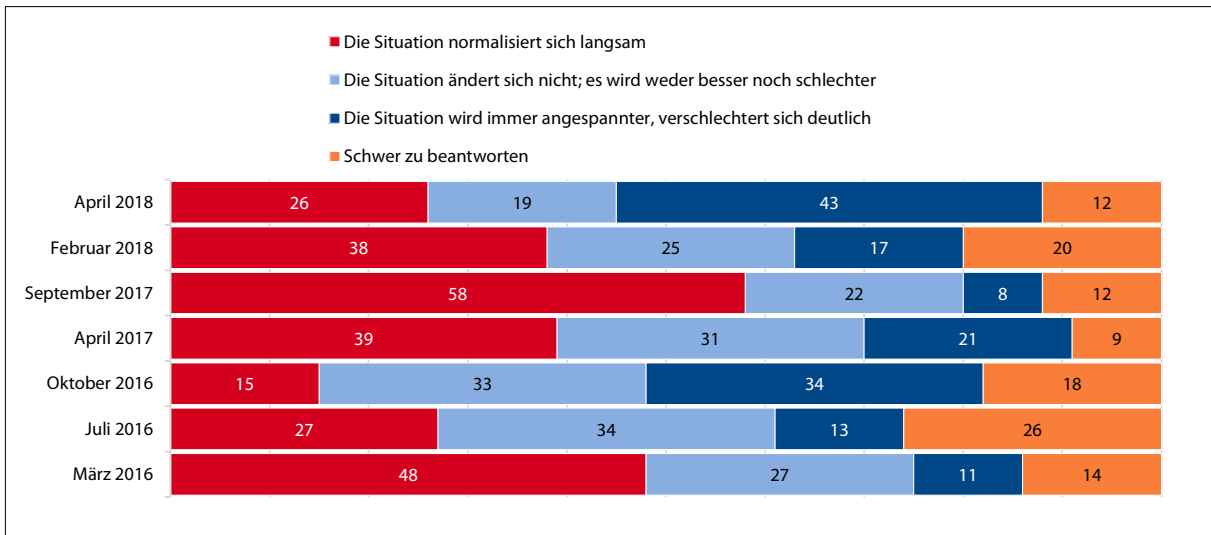
**Grafik 1: Verfolgen Sie die Entwicklungen in Syrien; falls ja, wie aufmerksam? (%)**



Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100 % ab.

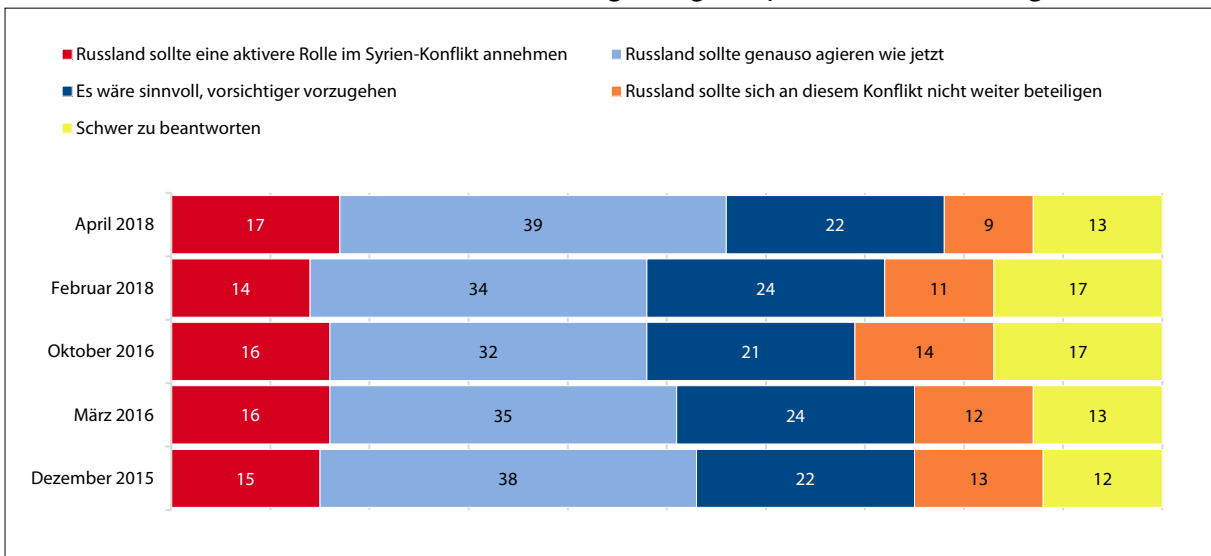
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–24. April 2018, <<https://www.levada.ru/2018/05/16/siriya/>>, veröffentlicht am 16. Mai 2018

**Grafik 2: In welche Richtung entwickelt sich momentan Ihrer Meinung nach die Situation in Syrien?**



Quelle: WZIOM-Umfrage, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=9066>>, veröffentlicht am 26. April 2018

**Grafik 3: Welche Politik sollte die russische Regierung im Syrien-Konflikt verfolgen? (%)**



Quelle: WZIOM-Umfrage, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=9066>>, veröffentlicht am 26. April 2018



## Pragmatisch, taktisch, opportun: Die russisch-iranische Allianz im Nahen Osten

Azadeh Zamirrad (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

### Zusammenfassung

Das russisch-iranische Verhältnis ist ambivalent. Einerseits haben Moskau und Teheran ihre Kooperationsbemühungen deutlich intensiviert und bilden heute in Syrien eine maßgebliche militärische Allianz. Andererseits sind die Beziehungen nach wie vor einem grundlegenden Misstrauen, divergierenden Interessen und engen Grenzen unterworfen, die einer in höherem Maße strategisch ausgerichteten Partnerschaft im Wege stehen. Bruchstellen im bilateralen Verhältnis werden vor allem in Syrien deutlich, wo sich unterschiedliche Vorstellungen über die politische Zukunft des Landes entgegenstehen. Zugleich nimmt für Iran durch den Rückzug der USA aus der Atomvereinbarung die Bedeutung Russlands zu. Trotz bestehender Differenzen ist daher auch weiterhin mit einem verstärkten Ausbau der russisch-iranischen Zusammenarbeit zu rechnen.

### Einleitung

Eine enge Partnerschaft zwischen Moskau und Teheran mag in vielerlei Hinsicht abwegig erscheinen. Russland und Iran blicken auf eine lange Geschichte kriegerischer Auseinandersetzungen und gegenseitigen Misstrauens zurück. Als ressourcenreiche Staaten sind sie Rivalen auf dem Energiemarkt, und es ist ihnen bislang nicht gelungen, nennenswerte Wirtschaftsbeziehungen jenseits des Nuklear- oder Militärsektors zu etablieren. Auch auf kultureller Ebene bestehen nur wenige Anknüpfungspunkte. Der wechselseitige gesellschaftliche Einfluss ist äußerst gering. Schließlich bestehen auch ideologisch kaum Überschneidungen. Dem säkularen russischen Staat steht in der Islamischen Republik Iran eine religiös geprägte politische Ordnung gegenüber. Doch ungeachtet aller Differenzen eint Moskau und Teheran mehr, als auf den ersten Blick ersichtlich ist.

### Gemeinsame Ordnungsvorstellungen

Ordnungspolitisch besteht zwischen Russland und Iran eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Beide wenden sich gegen eine maßgeblich von den USA geprägte Weltordnung und setzen darauf, den US-amerikanischen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten einzuschränken. Dies geht auch mit der Ablehnung einer NATO-Präsenz in der Region einher. Da Washington sukzessive Bedeutung im Nahen und Mittleren Osten eingebüßt hat, versuchen sowohl Moskau als auch Teheran, diesen Umstand geopolitisch für sich zu nutzen. Russland und Iran streben dabei eine multipolare Weltordnung an, in der sie als einflussreiche Akteure eine herausragende politische Geltung beanspruchen können. Das gilt für Russland auf globaler und für die Islamische Republik auf regionaler Ebene. Dabei kommt Teheran zugute, dass Moskau – im Gegensatz zu Washington – Iran als Regionalmacht anerkennt. Russland verfolgt gegenüber Iran weder eine *regime-change*-Politik noch einen Ansatz akti-

ver Eindämmung. Die russisch-iranischen Beziehungen stehen nicht unter dem Vorbehalt, gemeinsame Wertvorstellungen teilen oder Menschenrechtsfragen diskutieren zu müssen. Auch fordert Russland von Iran nicht, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Gleichzeitig gehört Russland zu den wenigen Staaten, die bereit sind, Iran militärtechnisch zu unterstützen. Größere Exporte russischer Waffensysteme könnten nach Ablauf des bestehenden Embargos der Vereinten Nationen schon ab 2020 möglich werden. Darüber hinaus teilen Moskau und Teheran Bedrohungswahrnehmungen. Beide sehen nicht nur in terroristischen Bewegungen, sondern auch in separatistischen Bestrebungen ethnischer Minderheiten eine gravierende sicherheitspolitische Gefahr. Während die Entstehung unabhängiger Staaten mit Blick auf die Minderheiten im eigenen Land den russischen bzw. iranischen Interessen entgegensteht, zeigen sich beide Staaten anderswo durchaus bereit, Autonomie anzuerkennen, beispielsweise in Irakisch-Kurdistan. Russland und Iran teilen die Vorstellung, dass politische Umstürze einen Ordnungszerrfall in der Region nur beschleunigen, und setzen daher auf den Erhalt bestehender Grenzen. Zu diesem Zweck sind sie bereit, staatliche Strukturen notfalls auch mit gewaltsamen Mitteln aufrechtzuerhalten, so etwa in Syrien. Zwar ist Iran Russlands Militärmacht nicht gewachsen, doch können Irans direkte Einflussmöglichkeiten diejenigen Russlands in einigen Konfliktgebieten deutlich übersteigen, beispielsweise in Syrien oder dem Irak. Teheran könnte zudem seinen Einfluss auf zentralasiatische Republiken oder den Kaukasus dazu nutzen, um in russischer Nachbarschaft Konflikte zu schüren. Angesichts der Möglichkeit, den Interessen des jeweils Anderen in der Region entgegenzustehen, sind Moskau und Teheran bestrebt, Konfrontationen überall dort zu vermeiden, wo ihre außenpolitischen Kernziele nicht im Widerspruch stehen. Dass Russlands und Irans Interessen in der Region sich in

zentralen Fragen nicht kategorisch ausschließen, hat eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit erst ermöglicht. Wie ambivalent die Kooperation dennoch ist, zeigt sich in Syrien.

### **Moskau als Mit- und Gegenspieler Teherans in Syrien**

Seit der russischen Militärintervention in Syrien im September 2015 bilden Moskau und Teheran eine Allianz, die das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad an der Macht halten soll. Während Russland Unterstützung aus der Luft leistet, operiert die Islamische Republik am Boden durch die Entsendung paramilitärischer Kräfte sowie mit Hilfe verbündeter Milizen. Die iranische Zusammenarbeit mit Russland ist inkonsistent, aber weitreichend. So hat Teheran Moskau nicht nur Überflugrechte im iranischen Luftraum gewährt, sondern im August 2016 russischen Kampfjets sogar einen eigenen Luftstützpunkt in Hamedan zur Verfügung gestellt. Die russische Intervention wurde zwar von Teheran begrüßt, ging aber zugleich mit einer Minderung des iranischen Einflusses einher. So nahm in der Folge nicht nur Irans Bedeutung als militärischer und politischer Verbündeter Assads ab, sondern auch der Spielraum, um Verhandlungen oder die politische Zukunft Syriens maßgeblich prägen zu können. Auch wenn Iran noch immer eine ernstzunehmende Rolle als *spoiler* spielen kann, ist in Syrien nicht Teheran, sondern Moskau federführend. Das russisch-iranische Verhältnis bleibt trotz der bisherigen militärischen Erfolge schwierig. So haben Moskau und Teheran unterschiedliche Vorstellungen davon, wie die politische Zukunft Syriens aussehen sollte. Russland setzt auf ein föderales Modell, das den Kurden im Land eine Selbstverwaltung ermöglicht. Teheran setzt dagegen auf eine starke syrische Zentralregierung und lehnt die Idee einer föderalen Struktur ab, die unterschiedliche Einflusszonen zur Folge haben und damit die Regierung in Damaskus schwächen könnte.

Unterschiedliche Vorstellungen bestehen aber auch hinsichtlich der Frage, wie die Integration der bewaffneten Milizen nach Beendigung des militärischen Konflikts bewerkstelligt werden sollte. Moskau schwebt vor, paramilitärische Kräfte der Kontrolle zentral gesteuerter, regulärer Streitkräfte zu unterstellen. Lange Zeit sah Russland dabei davon ab, von Iran den Abzug nahestehender Milizen aus Syrien zu fordern. Noch im Herbst 2017 gab der russische Außenminister Sergej Lawrow an, dass Irans Präsenz in Syrien legitim sei und sich Moskau daher nicht dazu verpflichtet sehe, einen Rückzug iranischer Kräfte aus Syrien sicherzustellen. Dieser Ansatz scheint jedoch nicht länger Bestand zu haben. Nach einem Treffen mit Assad im Mai sprach Wladimir

Putin davon, dass ausländische Truppen in absehbarer Zeit aus Syrien abgezogen werden sollten. Die Aussage des russischen Präsidenten wurde von Alexander Lawrentjew, seinem Sonderbeauftragten für Syrien, konkretisiert. Lawrentjew ließ wissen, dass damit sowohl die USA und die Türkei, als auch Iran und die Hisbollah gemeint seien. In Teheran stießen diese Aussagen auf scharfe Kritik.

Die veränderten Töne aus Moskau sind unter anderem der Sorge Russlands vor einer militärischen Eskalation zwischen Iran und Israel geschuldet. Tel Aviv hat wiederholt deutlich gemacht, dass es eine langfristige militärische Präsenz Irans in Syrien notfalls auch mit militärischen Mitteln unterbinden werde. Die ohnehin angespannte Lage zwischen Teheran und Tel Aviv hat sich weiter zugespitzt, seit im April eine iranische Drohne in den israelischen Luftraum eingedrungen ist. Gegenseitige Anschuldigungen und militärische Vergeltungsschläge haben das Risiko einer direkten militärischen Konfrontation seither kontinuierlich erhöht. Die aktuelle Lage steht Russlands Interessen in vielerlei Hinsicht entgegen. Zum einen wächst die Gefahr, dass Washington sein Engagement in Syrien verstärkt. Dies würde ein größeres russisches Eingreifen in Syrien erfordern, während Moskau daran gelegen ist, sich zeitnah aus Syrien zurückziehen zu können. Zum anderen möchte Russland es vermeiden, sicherheitspolitisch zwischen die Fronten einer kriegerischen Auseinandersetzung zu geraten. Moskau hat kein Interesse daran, seine guten Beziehungen zu Israel oder aber zu Iran (auf dessen Unterstützung es in Syrien angewiesen ist), zugunsten einer der beiden Seiten zu gefährden und sich in einen weiteren Regionalkonflikt reinziehen zu lassen. Mit Blick auf die unterschiedlichen Interessen der regionalen Akteure in Syrien dürfte es Russland schwerfallen, seine Ausbalancierungspolitik auf Dauer aufrechtzuerhalten, solange es selbst in Syrien noch aktiv ist. Die Basis für eine langfristige russisch-iranische Zusammenarbeit hat damit klare Grenzen.

### **Partnerschaft mit Grenzen**

Ob die Kooperation zwischen Russland und Iran in Syrien ein Modell für künftige Allianzen dieser Art sein kann, ist ungewiss. Fraglich ist aber auch, ob die Partnerschaft eine grundlegende geopolitische Verschiebung im Nahen und Mittleren Osten einläutet. Teheran steht der Vorstellung einer längerfristigen oder gar strategischen Partnerschaft mit Moskau skeptisch gegenüber. Einer solchen Partnerschaft stehen aus Sicht der Islamischen Republik vor allem drei Hindernisse im Weg: Erstens behindern Moskaus Beziehungen zu Teherans regionalen Gegenspielern einen substanziellen Ausbau der bilateralen Beziehungen. Moskau hat kein Interesse

daran, sein gutes Verhältnis zu solchen wesentlichen Regionalakteuren wie Israel oder Saudi-Arabien zugunsten eines exklusiven Bündnisses mit Teheran aufzugeben. Zudem möchte Russland es vermeiden, einseitig als schiitische Unterstützungsmacht in der Region wahrgenommen zu werden. Eine sicherheitspolitische Kooperation, die Iran für den Ernstfall auch militärische Unterstützung gegenüber seinen regionalen Rivalen zusichern könnte, ist damit ausgeschlossen. Zweitens ist sich die Islamische Republik der Asymmetrie des Machtverhältnisses zwischen dem eigenen Status als Regionalmacht und jenem der globalen Großmacht Russland bewusst. Iran sieht die Gefahr, zum Spielball russischer Außenpolitik zu werden, die im Bedarfsfall den Juniorpartner leicht seinen Interessen auf internationaler Ebene unterordnen könnte. Drittens schließlich sieht Teheran in Moskau einen Akteur, dessen Außenpolitik in erster Linie taktischen und nicht strategischen Erwägungen folgt und damit für langfristige Planungen ungeeignet erscheint. Dabei herrscht die Vorstellung, dass Russland seine Interessen vornehmlich aus nationaler und nicht aus globaler Sicht definiere. Ein solcher Staat kann aus Sicht der Islamischen Republik nicht als effektive Ordnungsmacht gelten, mit der gemeinsame Ziele in der Region umgesetzt werden könnten. Iran sieht damit grundlegende Parameter einer strategischen Partnerschaft nicht erfüllt. Eine solche wäre erst dann gegeben, wenn Moskau Teheran auch Sicherheitsgarantien bereitstellen könnte oder aber willens wäre, iranische Interessen auch im UN-Sicherheitsrat zu vertreten. Bislang sind die Beziehungen mehr von gezielter taktischer Zusammenarbeit als von einvernehmlicher strategischer Planung gekennzeichnet.

### **Russlands gestiegene Bedeutung nach dem Rückzug der USA aus der Atomvereinbarung**

Durch die Ankündigung des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, sich nicht länger an die nukleare Übereinkunft mit Iran halten zu wollen, haben sich die Vereinigten Staaten einseitig aus der Atomvereinbarung zurückgezogen. Mit dieser Entscheidung hat Washington Russlands sicherheitspolitische Bedeutung für Iran auf absehbare Zeit erhöht. Der russische Einflussgewinn ist dabei sowohl mit Chancen, als auch mit Risiken verbunden. Russland hält trotz des Rückzugs der USA an der Atomvereinbarung fest, solange Iran seinen Verpflichtungen nachkommt. Moskaus Interesse am Erhalt der Übereinkunft ist vielfältig. Russland hat viel Zeit und Ressourcen in die diplomatischen Bemühungen um die 2015 getroffene Vereinbarung investiert. Ein Scheitern würde dagegen die Gefahr einer militärischen Eskalation erhöhen, in die Akteure wie die USA, Israel

oder Saudi-Arabien involviert sein könnten. Auch würde das Risiko nuklearer Proliferation in der Region steigen. Eine potenzielle weitere Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens könnte sich auch auf die Stabilität im Kaukasus oder Zentralasien auswirken. Russland will im Nahen und Mittleren Osten keinen weiteren militärischen Konflikt herdrücken, der ein russisches Eingreifen oder gegebenenfalls auch eine klare Positionierung erfordern würde. Moskau kann sich weder eindeutig an die Seite Teherans stellen, noch seine taktische Allianz mit Iran riskieren, solange Russland noch immer militärisch in Syrien involviert ist. Moskau wäre auch deshalb von einer gescheiterten Vereinbarung betroffen, weil derzeit im iranischen Atomkraftwerk in Buschehr mit russischer Unterstützung zwei weitere Reaktoren gebaut werden. Die Gefahr, dass Buschehr Ziel direkter Militärschläge externer Akteure werden könnte, wäre hoch. Im Falle eines Scheiterns der nuklearen Übereinkunft würde allerdings Russlands Bedeutung für die iranische Außenpolitik steigen. Im Übrigen würde ein Ende der Vereinbarung nicht nur die Glaubwürdigkeit der europäischen Verhandlungsparteien, sondern auch deren politisches Gewicht drastisch mindern. Innerhalb Irans könnten sich damit vor allem Verfechter einer stärkeren politischen Anbindung an Moskau im Rahmen der Politik des »Blicks nach Osten« durchsetzen, die verstärkt auf politische Kooperation mit Staaten wie Russland oder China baut. Russland würde aber vor allem von einem Fortbestehen der Atomvereinbarung profitieren. Schließlich ist sich nicht nur Moskau, sondern auch Teheran der Gefahr einer militärischen Eskalation, auch unter den derzeitigen Bedingungen, bewusst. Iran will dabei verhindern, russischen Interessen derart entgegenzustehen, dass Moskau sich von seiner weitgehenden Duldungspolitik gegenüber dem iranischen Vorgehen in der Region abwendet oder sich in Syrien unmissverständlich auf die Seite Tel Avivs stellt. Zugleich dürfte die iranische Erwartungshaltung gegenüber Russland zunehmen. Teheran verspricht sich eine direkte politische Unterstützung Russlands im UN-Sicherheitsrat, um gegebenenfalls per Veto die Durchsetzung von nuklearbezogenen Sanktionen gegen Iran zu verhindern. Hier wird sich zeigen, ob Moskau bereit ist, zugunsten Irans und gegen die Interessen der USA Stellung zu beziehen.

### **Ausblick**

Moskau und Teheran sind fest entschlossen, ihre Beziehungen auf wirtschaftlicher, nukleartechnischer und sicherheitspolitischer Ebene auszubauen. Dabei stellt das Verhältnis kein langfristiges oder stabiles Militärbündnis dar, sondern vielmehr eine lose taktische Allianz, die pragmatischen Erwägungen folgt. Zwar wei-

chen Irans und Russlands geopolitische Interessen in der Region in vielen Bereichen voneinander ab, schließen sich aber nicht kategorisch aus. So ergibt sich für beide Seiten die Möglichkeit, ihre Regionalpolitik aufeinander abzustimmen. Aufgrund ihrer jeweiligen geopolitischen Bedeutung ist es keiner Seite möglich, ihre regionalpolitischen Interessen gegen den Willen des Anderen durchzusetzen. Teheran benötigt Russlands Unterstützung, wenn es in Syrien seine langfristigen politischen Ziele umsetzen will. Moskau wiederum ist darauf angewie-

sen, dass Iran seine vielfältigen Möglichkeiten, in zahlreichen Konfliktherden der Region russischen Interessen zuwiderzuhandeln, nicht ausschöpft. Ob das Bündnis ein Modell für weitere temporäre Allianzen sein kann, wird davon abhängen, inwieweit es beiden am Ende gelingt, ihre Ziele in Syrien umzusetzen. Sollte es tatsächlich gelingen, diese Hürde zu nehmen, ist auch in Zukunft mit der Bildung einflussreicher russisch-iranischer Machtkonstellationen in der Region zu rechnen.

#### *Über die Autorin*

Azadeh Zamirirad ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Islamischen Republik Iran, insbesondere der iranischen Atom- und Regionalpolitik sowie Irans Außenbeziehungen. Als Iran-Expertin der SWP berät sie die Bundesregierung, den Bundestag sowie weitere politische Entscheidungsträger in Berlin und Brüssel in Fragen der iranischen Außen- und Sicherheitspolitik.

#### *Lesetipps*

- Kozhanov, Nikolay: Understanding the Revitalization of Russian-Iranian Relations, Moskau: Carnegie Moscow Center, Mai 2015, <[https://carnegieendowment.org/files/CP\\_Kozhanov\\_web\\_Eng.pdf](https://carnegieendowment.org/files/CP_Kozhanov_web_Eng.pdf)>
- RIAC/IRAS: Russia-Iran Partnership. An Overview and Prospects for the Future [Russian International Affairs Council: Report 29/2016 (zs. mit: Institute for Iran-Eurasia Studies)], Moskau, 2016, <<http://russiancouncil.ru/common/upload/RIAC-IRAS-Russia-Iran-Report29-en.pdf>>
- Zamirirad, Azadeh: Iran und Russland. Perspektiven der bilateralen Beziehungen aus Sicht der Islamischen Republik [SWP-Studie S07/2017], April 2017, <[https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S07\\_zmd.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S07_zmd.pdf)>

## ANALYSE

# Russland und das Königreich Saudi-Arabien: Zwischen Syrien und der OPEC

Nikolay Kozhanov (Europäische Universität in St. Petersburg)

## **Zusammenfassung**

Im letzten Jahrzehnt haben die Beziehungen zwischen Russland und dem Königreich Saudi-Arabien einige Stresstests erfahren. Die aktive Hilfe, die Moskau dem Regime von Baschar al-Assad in Syrien erweist, ließ erwarten, dass Russland zu einem der wichtigsten geostrategischen Opponenten von Riad wird. Überraschenderweise wurde jedoch der Dialog zwischen den beiden Ländern 2015 wieder aufgenommen und zeigt zudem eine Tendenz zur Normalisierung. Eine nicht unerhebliche Rolle bei diesem Prozess spielte die Tatsache, dass Saudi-Arabien Russland nach dessen »Erfolg« in Syrien als einen wichtigen Akteur in der Region anerkannt hat.

## **Russlands Marsch in Richtung Golf**

Die Idee, bis zu den warmen Gewässern des Arabischen Golfs und des Indischen Ozeans vorzustoßen, ist traditionell ein Teil der geostrategischen Agenda Russlands gewesen. Andererseits sind seit den 2000er Jahren alle

Versuche, eine solide russische Präsenz in der Region herzustellen, eindeutige Fehlschläge gewesen. Die diplomatische Vertretung Russlands in Saudi-Arabien wurde erst 1991 eingerichtet, während Saudi-Arabien für Russland erst Mitte der 2000er Jahre durch Wladimir Putin wirk-

lich erschließbar wurde, der Anfang der 2000er Jahre erklärt hatte, dass Russland enger mit der islamischen Welt und den arabischen Ländern zusammenarbeiten sollte. 2007 untermauerte Putin diese Erklärung mit einem offiziellen Besuch im Königreich und demonstrierte das Streben Russlands nach einer Präsenz und einem längerfristigen Verbleib in der Region.

Das Bestreben, Beziehungen aufzunehmen, bestand auf beiden Seiten. Es war nicht nur so, dass Russland Schritte in Richtung Saudi-Arabien unternahm, sondern auch, dass Riad sich entschied, dem Kreml die Tür zu öffnen. Ursprünglich waren es Prinz Bandar und der inzwischen verstorbene König Abdullah al-Saud, die die Idee eines aktiven saudischen Dialogs mit Moskau vertraten. Doch sogar der Tod des letzteren im Jahr 2015 konnte die Entwicklung der bilateralen Beziehungen nicht aufhalten. So wurde im Juni 2015 eine hochrangige saudische Delegation mit Mohammed bin Salman, dem Sohn des neuen Königs Salman ibn Abd al-Aziz, an der Spitze von Wladimir Putin in St. Petersburg empfangen. Dabei wurde eine Reihe Abkommen und Memoranden unterzeichnet, unter anderem über eine friedliche nukleare Zusammenarbeit, über die Entwicklung der Infrastruktur und über Investitionen. Am 11. August 2015 wurden diese Abkommen während des Besuchs des saudischen Außenministers Adel al-Dschubeir in Russland bekräftigt.

Gegenwärtig lassen sich die wichtigsten Ziele der russischen Diplomatie in Bezug auf Saudi-Arabien wie folgt formulieren:

- Abmilderung der Entschlossenheit Saudi-Arabiens, sich Russland in Syrien entgegenzustellen;
- Gemeinsame Anstrengungen zur Stabilisierung des Ölmarktes;
- Einwerbung saudischer Investitionen in die Wirtschaft Russlands;
- Zugang zum Gasmarkt in Saudi-Arabien.

In allererster Linie braucht Russland von Saudi-Arabien Geld. 2015 unterzeichnete der »Russische Fonds für Direktinvestitionen« (»Russian Direct Investment Fund«, RDIF) mit dem »Public Investment Fund« (PIF) von Saudi-Arabien ein Abkommen. Diesem Dokument zufolge soll der PIF bis zu 10 Milliarden US-Dollar in die Wirtschaft Russlands investieren. Darüber hinaus unterzeichnete der RDIF ein Kooperationsabkommen mit der »Saudi Arabia General Investment Authority« (SAGIA). Im April 2017 erklärte Walentina Matwijenko, die Präsidentin des Föderationsrates, Saudi-Arabien habe bereits bis zu 600 Millionen US-Dollar in die Wirtschaft Russlands investiert. Darüber hinaus, so Matwijenko, würden Moskau und Riad 2018 mit der Umsetzung einer Reihe wichtiger Projekte im Wert von bis zu 3 Milliarden US-Dollar beginnen. Langfristig

wünscht sich die russische Regierung, dass sich Saudi-Arabien an der Entwicklung der russischen Kapazitäten zur Flüssiggas-Produktion beteiligt. Auch an der Gründung von russisch-saudischen Joint-Ventures zur Forschung, Entwicklung und Herstellung von Öl- und Gastechnik ist Russland interessiert.

Darüber hinaus benötigt Russland saudisches Geld zur Finanzierung seiner Auslandsprojekte. 2014/2015 hat Russland seine Beziehung zu Ägypten erheblich intensiviert. In den Bereichen Atomenergie, Waffenhandel sowie in der Hightech-, Automobil- und Raumfahrtindustrie verfolgt Moskau ehrgeizige Pläne zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Kairo. Die ägyptische Regierung ist ohne externe Geldgeber bei den meisten dieser gemeinsamen Projekte nicht in der Lage, dort erhebliche Summen zu investieren, und auch Russland fehlen die Mittel. Daher erhofft sich der Kreml von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien Hilfe, diese Projekte durch Investitionen zu entwickeln. Experten sind der Ansicht, dass Riad potentiell auch bei der Finanzierung gemeinsamer russisch-jordanischer Projekte im Nuklearbereich in der Lage ist, Unterstützung zu gewähren.

### Öl, Politik und der russisch-saudische politische Dialog

Nach dem Rückgang der Ölpreise hatte Russland einen intensiven Dialog mit Produzenten fossiler Rohstoffe begonnen, um die Lage auf dem Markt zu stabilisieren. Nachdem Moskau jahrzehntelang die OPEC vernachlässigt hatte, erklärte Russland nun seine Absicht, eine engere Beziehung zu dem Kartell zu entwickeln. Diese Entwicklung erfolgte zu großen Teilen aus innenpolitischen Überlegungen heraus. Schwankungen des Ölpreises wirken sich unmittelbar auf wichtige makroökonomische Indikatoren der russischen Wirtschaft aus, während es gleichzeitig für den Kreml wichtig ist, eine starke Wirtschaftsleistung vorzuweisen und zu zeigen, dass Putin in der Lage ist, seine Versprechen zum Wirtschaftswachstum einzulösen. Folglich waren die Jahre 2016 und 2017 von einem intensivierten Dialog zwischen Russland und Saudi-Arabien gekennzeichnet. Es gelang Moskau und Riad, einen gemeinsamen Standpunkt zur Verabschiedung und später Verlängerung des sogenannten »OPEC plus«-Abkommens zu erarbeiten. Dieses Abkommen wurde 2016 von Mitgliedsstaaten der OPEC sowie von Nichtmitgliedern, darunter auch Russland, unterzeichnet und zielte auf eine Reduzierung der Ölförderung zum Antreiben des Ölpreises auf den internationalen Märkten ab.

Bis Ende November 2017 schienen sowohl Riad, wie auch Moskau an einer Verlängerung dieses Übereinkommens bis Ende 2018 interessiert zu sein. Daher bemühten sie sich intensiv, eine Verlängerung der Umsetzung

des Übereinkommens mit anderen Unterzeichnerstaaten zu koordinieren. Im November 2017 kamen sie dann überein, die Abmachung zu verlängern. Einen Monat später bekräftigte Putin in einem Telefonat mit König Salman die Absicht des Kremls, seine Zusammenarbeit mit Riad in den Bereichen Öl und Gas zu verstärken. Die russische Seite schätzt die bisherige Zusammenarbeit mit Riad im Rahmen des »OPEC plus«-Abkommens positiv ein. Darüber hinaus ist der Kreml davon überzeugt, dass die beiden Länder auch nach Auslaufen des Übereinkommens zusammenarbeiten und gemeinsame Anstrengungen zur Stabilisierung des internationalen Ölmarktes unternehmen werden. Das russische Interesse an einer Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Öl- und Gasbereich beschränkt sich nicht nur auf eine Verlängerung von »OPEC plus«. Am 8. Dezember 2017 stattete der saudische Ölminister Khalid al-Falih Russland einen Besuch ab, um an den Feierlichkeiten zur Einweihung der Gasverflüssigungsanlage auf der Halbinsel Jamal teilzunehmen. Am Rande der Veranstaltung traf er sich mit Wladimir Putin, der in Anwesenheit von Journalisten meinte, die saudische Führung solle den Einkauf von russischem Gas erwägen. Als Antwort auf diese Erklärung sagte al-Falih, dass er Russland auch deswegen besuche, um über die Gasfrage zu sprechen. Gasmarkt-Experten sind der Ansicht, dass in Saudi-Arabien die Frage einer Beteiligung an Flüssiggasprojekten wie auch der technischen Details eines Flüssiggasexports aus Russland in das Königreich intensiv erörtert werden; allerdings sei zu beiden Fragen noch keine endgültige Entscheidung gefallen.

Aus russischer Sicht spielt die Ankündigung, Flüssiggas in das Königreich exportieren zu wollen, die Rolle eines Köders, um die Beziehungen zu Saudi-Arabien zu verbessern. In ihren Verhandlungen mit der saudischen Seite betonten russische Offizielle, dass russische Gasexporte dem Königreich dabei helfen würden, ein eigenes Programm zu entwickeln, das darauf abzielt, auf dem saudischen Binnenmarkt Erdöl durch Erdgas zu ersetzen. Dadurch würden mehr Kapazitäten für Erdölexporte geschaffen. Das letztendliche Ziel Russlands ist ein zweifaches: Einerseits soll Riad dazu bewegt werden, in russische Flüssiggasprojekte zu investieren und dadurch die Finanzierungslücken dort zu beheben. Andererseits wird Moskau von politischen Überlegungen geleitet. Russland geht davon aus, dass eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, falls sie erfolgreich sein sollte, Riad zu einem politischen Partner Moskaus in der Region machen könnte.

Es ist wohl kein Zufall, dass die beiden Staatschefs während des Telefonats von Wladimir Putin mit dem saudischen König Ende Dezember 2017 nicht nur die Umsetzung des »OPEC plus«-Abkommens erör-

tert haben, sondern auch die Situation im Nahen und Mittleren Osten, einschließlich Syriens und des Jemen. Lange Zeit war die russische Unterstützung für Baschar al-Assad eines der Haupthindernisse für russisch-saudische Kontakte gewesen. Seit dem Beginn des Bürgerkrieges hatte Riad den Kreml für dessen Haltung zum Konflikt kritisiert. Allerdings setzte Moskau auf eine Strategie aus Zuckerbrot und Peitsche, um diesen Trend zu wenden: Einerseits hat Moskau seit Entsendung seiner Einheiten nach Syrien 2015 systematisch jene bewaffneten Gruppen geschwächt, die von Saudi-Arabien unterstützt werden. Dadurch sah sich Saudi-Arabien spätestens 2017 in einer Situation, in der das Königreich mit Russland sprechen musste, wenn es seine verbliebenen Aktiva auf syrischem Boden einigermaßen im Spiel halten wollte. Andererseits lieferte Russland aber auch eine Reihe Anreize zur Intensivierung des politischen Dialogs. Zunächst begrüßte Russland Mitte 2017 die Rolle des Königreichs bei der Aufgabe, die vereinte syrische Opposition zu einer Teilnahme an den Genfer Gesprächen zu bringen. Als Zweites machte der Kreml Riad deutlich, dass es andere Fragen von beiderseitigem Interesse gibt (unter anderem das »OPEC plus«-Abkommen), die erörtert werden können, wenn die Differenzen bei Seite gelassen werden. Schließlich beschloss Russland Mitte 2017, keine Einwände gegen das Vorgehen Saudi-Arabiens im Jemen zu erheben. Darüber hinaus empfing Russland vom 21. bis zum 23. Januar 2018 Abulmalik al-Mekhlafi, den Außenminister der von Saudi-Arabien unterstützten jemenitischen Regierung von Abed Rabbo Mansur Hadi. Zuvor hatte Moskau noch jede offene Unterstützung für Hadis Team vermieden.

### **Die Zukunft der russisch-saudischen Beziehungen**

Höhepunkt der gegenwärtigen Phase der russisch-saudischen Beziehungen war der Besuch von König Salman in Moskau vom 5. bis 8. Oktober 2017. Sowohl russische, als auch saudische Medien betrachteten den Besuch des Königs als Meilenstein in den bilateralen Beziehungen. In einem gewissen Sinne war Salmans Besuch tatsächlich historisch: Es war die erste offizielle Reise eines saudischen Monarchen nach Moskau, seit das Königtum 1932 gegründet wurde. Kein Angehöriger der Saud-Dynastie hatte Russland je zuvor in seiner Eigenschaft als König besucht.

Die Tagesordnung des Besuches war sehr reichhaltig. Moskau und Riad erörterten eine breite Palette von Fragen. Allerdings unterschieden sich die Prioritäten Russlands und Saudi-Arabiens dabei ein wenig: Moskau rückte die Erörterung der Wirtschaftsthemen in den Vordergrund. Der Kreml war daran interessiert,

die Aussichten auf saudische Investitionen in die russische Wirtschaft wie auch eine bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Hochtechnologie, Waffenindustrie, Infrastruktur und Atomwirtschaft zu diskutieren. Moskau wollte auch über die Zukunft des »OPEC plus«-Abkommens sowie über die Optionen für eine Beteiligung von »Rosneft« bei der Privatisierung von »Saudi Aramco« sprechen. König Salman wiederum war nach Moskau gekommen um politische Fragen wie die Lage in Syrien, im Jemen und im Irak zu besprechen, und ebenso die saudischen Befürchtungen angesichts der Politik des Irans in der Region.

Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Prioritäten schienen die beiden Seiten in einer Vielzahl politischer und wirtschaftlicher Fragen zu einem Übereinkommen zu gelangen. Es wurden rund 15 Abkommen unterzeichnet, unter anderem über Zusammenarbeit in den Bereichen Raumfahrt, Atomenergie, Telekommunikation und Kultur. Russland bestätigte die führende Rolle des Golf-Kooperationsrates bei der Regulierung der Krise im Jemen. Die saudische Führung unterstützte das Astana-Format zur Beilegung des Konflikts in Syrien, während Moskau Riad versicherte, dass es eine der führenden Rollen spielen werde, wenn die Delegation der syrischen Opposition für die Genfer Gespräche gebildet wird. Im Bereich der Wirtschaft unterzeichneten »Gazprom«, »Sibur« und »Saudi Aramco« Kooperationsabkommen. Darüber hinaus erklärten der PIF und der RDIF ihre Absicht, ein gemeinsames petrochemisches Projekt wie auch wissenschaftliche und technologische Forschungsarbeiten zu finanzieren und in die Transportinfrastruktur Russlands zu investieren. Das Gesamtvolumen der potentiellen Investitionen wird auf 2,1 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Von einem Durchbruch in den russisch-saudischen Beziehungen zu sprechen, wäre dennoch verfrüht gewesen. Zum einen haben die beiden Länder im politischen Bereich kaum die inoffiziellen Abmachungen bestätigt, die zwischen ihnen seit Mitte 2017 – als Russland sein Schweigen zum Vorgehen Saudi-Arabiens im Jemen gegen Riads Unterstützung für den Astana-Prozess eintauschte – bestanden hatten. Für den Kreml ist Letzteres eine leichte Entscheidung gewesen, und ein einträglicher Deal: Moskau hatte keine vitalen Interessen im Jemen, während die Unterstützung Saudi-Arabiens an den Verhandlungstischen in Astana und Genf gebraucht wurde. Auch Riad profitierte: Das Königreich war an internationaler Unterstützung für sein Vorgehen im Jemen interessiert, während eine weitere Konfrontation mit Moskau in Syrien nur verhindern konnte, dass Saudi-Arabien in einem Nachkriegssyrien eine substantielle Rolle spielen würde. Weder Moskau, noch Riad mussten den eigenen Interessen zuwi-

derhandeln oder gravierende Zugeständnisse machen, um die andere Seite in dieser Frage zu einem Übereinkommen zu bewegen.

Die Zukunft des Wirtschaftsdialogs zwischen den beiden Ländern bleibt ebenfalls unklar. Die meisten Dokumente, die während des Besuchs von König Salman unterzeichnet wurden, waren unverbindliche Absichtserklärungen. Die jeweiligen Seiten müssen noch die praktischen Details aushandeln. Zudem entsteht hier das starke Gefühl eines *Déjà-vu*: In den vergangenen zwanzig Jahren haben Moskau und Riad regelmäßig ehrgeizige, aber unverbindliche Dokumente unterzeichnet. Die Liste der Ergebnisse bei der Umsetzung dieser Memoranden ist allerdings kaum nennenswert. Die größte Frage drehte sich um Abkommen zwischen Moskau und Riad im militärindustriellen Bereich. Zunächst einmal gibt es keine Bestätigung, dass die beiden Seiten ein tatsächliches Abkommen über die Lieferung von Flugabwehrsystemen vom Typ S 400 an Saudi-Arabien unterzeichnet haben. Es sieht so aus, als hätte das Königreich schlicht die Absicht geäußert, in der Zukunft S 400-Raketen kaufen zu wollen. Das Kooperationsabkommen im militärischen Bereich, das in Moskau unterzeichnet wurde, war vor allem auf kleinere Waffen aus der Produktion des Kalaschnikow-Konzerns bezogen. Das würde Riad in die Lage versetzen, seine »Stellvertreter« in der Region zu bewaffnen und gleichzeitig durch den Einkauf von Kalaschnikows in Osteuropa Geld zu sparen. Allerdings erscheint das Volumen des Geschäfts (1 – 1,5 Mrd. US-Dollar) gegenüber dem Umfang der saudischen Verträge mit den USA eher gering, wenn nicht gar marginal.

Unter diesen Umständen schlug der Besuch selbst keine neue Seite in den Beziehungen zwischen beiden Ländern auf, auch wenn es Russland und Saudi-Arabien gelang, einen weiteren Schritt aufeinander zuzugehen. Darüber hinaus hat es der saudische König nicht geschafft, in einer sehr wichtigen Frage mit Moskau übereinzukommen, nämlich der Präsenz des Iran in der Region. Riad wollte Moskau offensichtlich davon überzeugen, im Gegenzug für eine Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einen politischen Dialog seine Zusammenarbeit mit dem Iran zu reduzieren. Angesichts der Bedeutung des Iran für Russland schlug Moskau allerdings vor, die Rolle eines Mittlers zwischen Teheran und Riad einzunehmen, um die Spannungen zwischen den beiden zu reduzieren. Aus dieser Perspektive bleibt der Faktor Iran eine echte Belastung für die Entwicklung des Dialogs zwischen Moskau und Riad. Russland dürfte kaum darauf eingehen, den Iran fallen zu lassen. Allerdings ist es in der Vergangenheit oft so gewesen, dass eine Abkühlung in den Beziehun-

gen Moskaus zum Iran, die wichtigste Vorbedingung von Seiten Saudi-Arabiens darstellte, wenn ein wirksamer Dialog zwischen dem Königreich und dem Kreml entwickelt werden sollte. Es gibt kaum einen Grund

anzunehmen, dass die saudische Führung nicht an dieser Forderung festhalten wird.

*Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder*

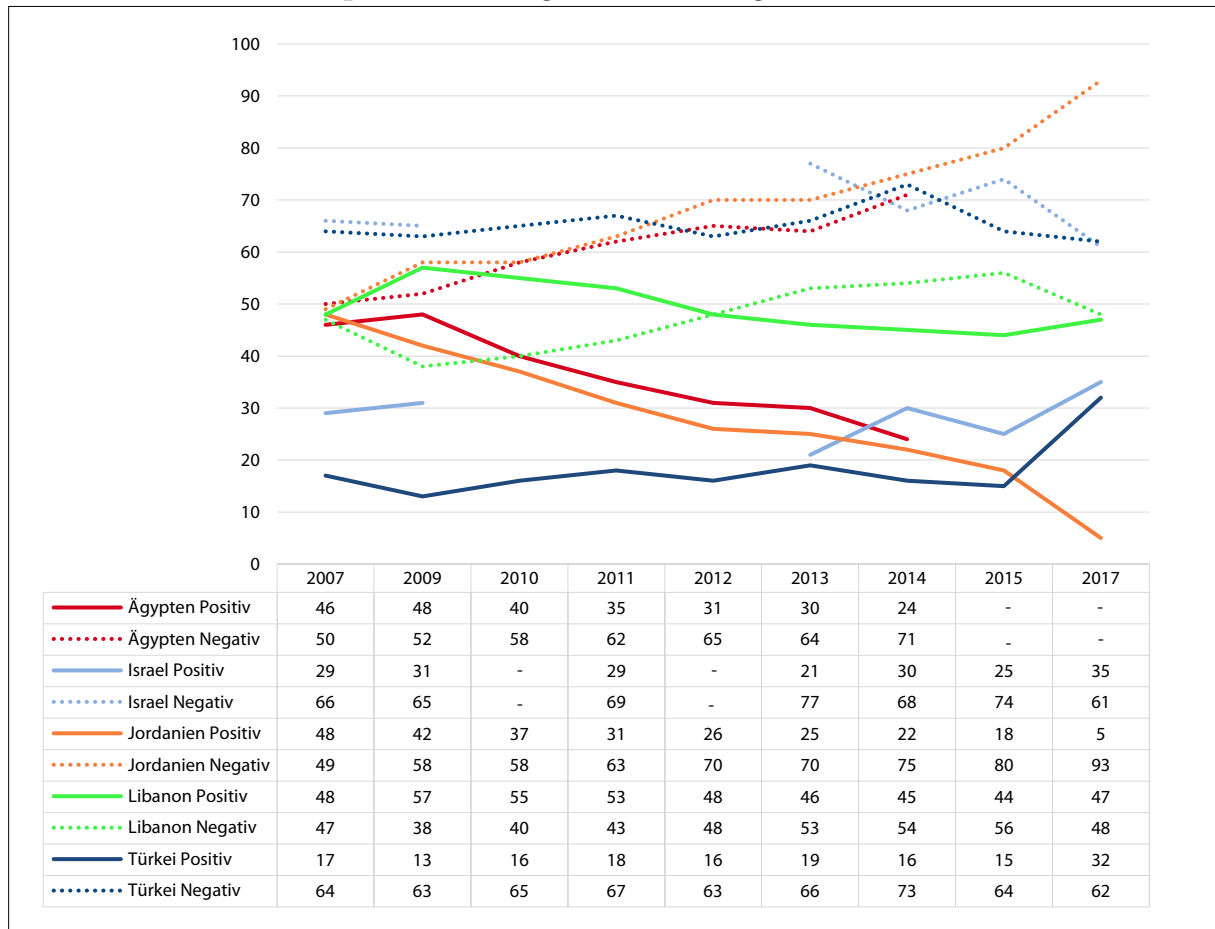
*Über den Autor*

Nikolay Kozhanov war der 2015 Academy Robert Bosch Fellow beim Russland- und Eurasienprogramm von Chatham House. Er ist gegenwärtig Gastdozent für die politische Ökonomie des Nahen und Mittleren Ostens an der Europäischen Universität in St. Petersburg.

UMFRAGE

Russlands Image im Nahen Osten

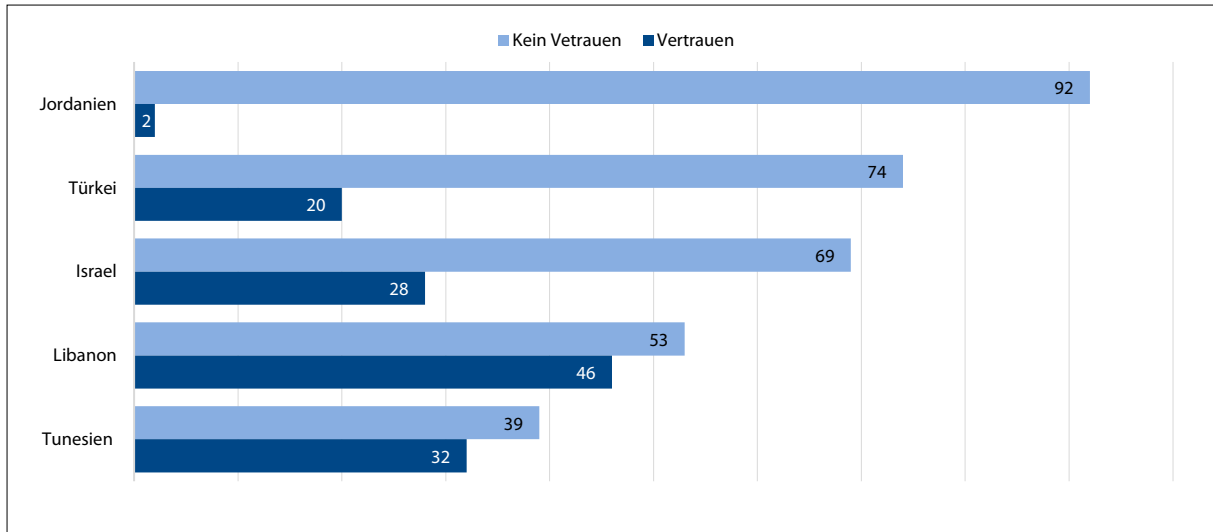
Grafik 1: Haben Sie eine positive oder negative Einstellung zu Russland? (%)



Quelle: Pew Research Center, 2017, <<http://www.pewglobal.org/database/custom-analysis/indicator/27/countries/64,106,111,117,121,168,223,224/response/>>

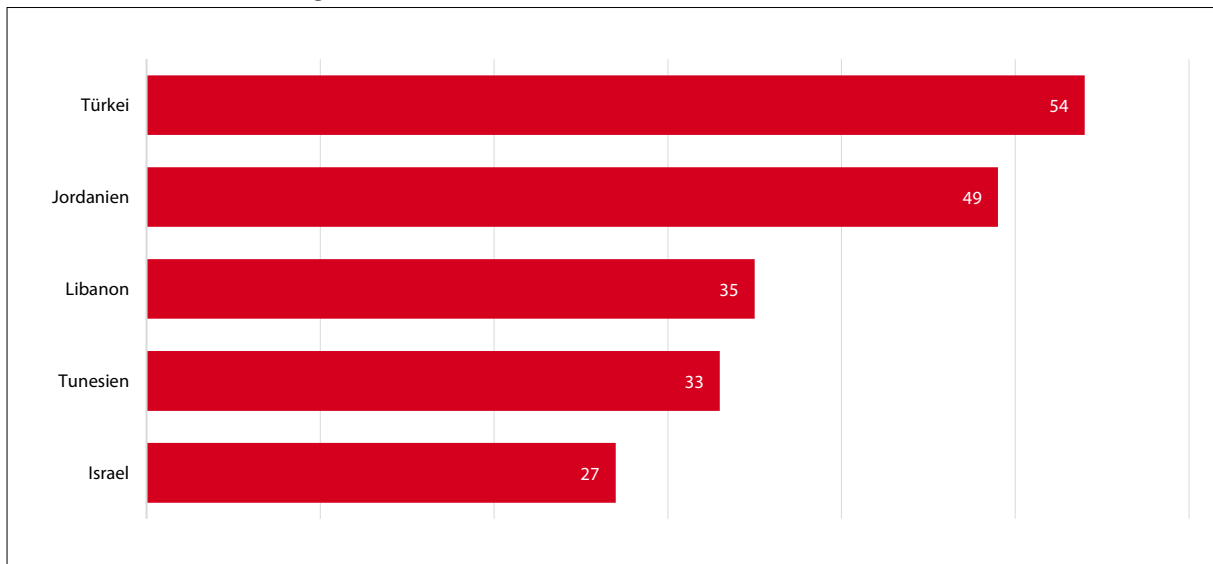


**Grafik 2: Wie viel Vertrauen haben Sie in Russlands Präsidenten Putin angesichts des aktuellen Weltgeschehens das Richtige zu tun? (%)**



Quelle: Pew Research Center, *Publics Worldwide Unfavorable Toward Putin, 2017*, S. 4, <[http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/08/16105548/Pew-Research-Center\\_2017.08.16\\_VIEWS-of-Russia-Report.pdf](http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/08/16105548/Pew-Research-Center_2017.08.16_VIEWS-of-Russia-Report.pdf)>

**Grafik 3: Russlands Macht und Einfluss stellen eine große Bedrohung für unser Land dar (Zustimmung in %)**



Quelle: Pew Research Center, *Publics Worldwide Unfavorable Toward Putin, 2017*, S. 6, <[http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/08/16105548/Pew-Research-Center\\_2017.08.16\\_VIEWS-of-Russia-Report.pdf](http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/08/16105548/Pew-Research-Center_2017.08.16_VIEWS-of-Russia-Report.pdf)>

**Tabelle 1: Wie wichtig ist es, dass Ihr Land gute Beziehungen hat ...?**

		Iran		Saudi-Arabien	
		2016	2017	2016	2017
zu Russland	Wichtig	65	68	43	53
	Unwichtig	34	32	55	47
zu den USA	Wichtig	33	47	46	78
	Unwichtig	66	53	51	23
zu der Türkei	Wichtig	52	59	54	35
	Unwichtig	48	41	42	63

Anm.: Die Summe der aufaddierten Prozentsätze kann von 100 % abweichen, da Antworten mit »unsicher« nicht miteingerechnet wurden.  
 Quelle: Arab American Institute, Middle East 2017 Opinion Poll, S. 4, <[https://d3n8a8pro7vhm.cloudfront.net/aai/pages/13778/attachments/original/1515524868/SBY2017\\_Final.pdf?1515524868](https://d3n8a8pro7vhm.cloudfront.net/aai/pages/13778/attachments/original/1515524868/SBY2017_Final.pdf?1515524868)>

**Tabelle 2: In Bezug auf den Syrien-Konflikt, welche der folgenden Länder spielen Ihrer Meinung nach eine positive, welche eine negative Rolle?**

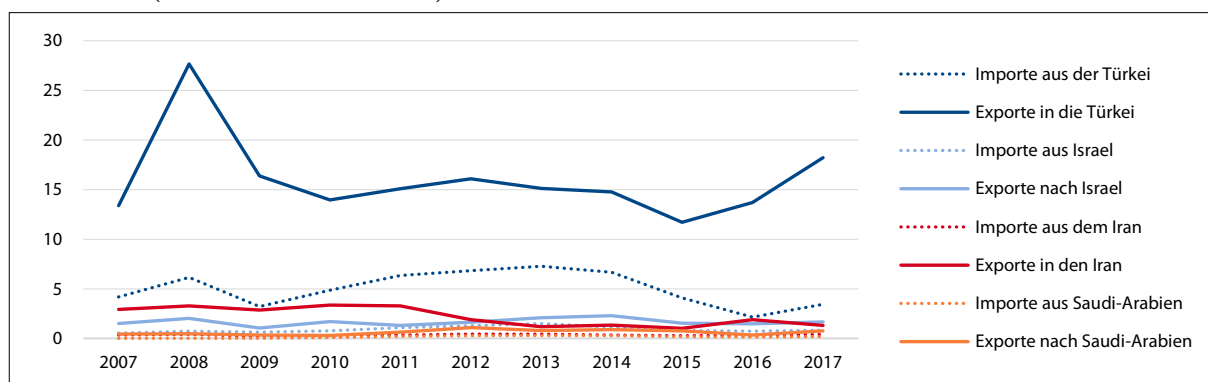
	Iran		Saudi-Arabien	
	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
Russlands Rolle	51	23	16	72
die Rolle der USA	11	78	50	36
die Rolle des Iran	61	13	2	97
die Rolle der Türkei	36	32	38	46
Saudi-Arabiens Rolle	15	37	71	14
Keine	5	<1	11	<1

Quelle: Arab American Institute, Middle East 2017 Opinion Poll, S. 7, <[https://d3n8a8pro7vhm.cloudfront.net/aai/pages/13778/attachments/original/1515524868/SBY2017\\_Final.pdf?1515524868](https://d3n8a8pro7vhm.cloudfront.net/aai/pages/13778/attachments/original/1515524868/SBY2017_Final.pdf?1515524868)>

STATISTIK

## Russlands Wirtschaftsbeziehungen mit ausgewählten Ländern des Nahen Ostens

**Grafik 1: Russlands Wirtschaftsbeziehungen mit ausgewählten Ländern des Nahen Ostens (Milliarden US-Dollar)\***



\* Nach russischen Angaben; Quelle: Trade Map – International Trade Statistics, International Trade Center, <<http://www.intracen.org/itc/market-info-tools/statistics-import-country-product/>>

**Tabelle 1: Russlands Wirtschaftsbeziehungen mit ausgewählten Ländern des Nahen Ostens (Tausend US-Dollar)\***

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Türkei</b>											
Importe aus der Türkei	4.171.918	6.141.305	3.221.933	4.865.990	6.352.530	6.840.000	7.272.773	6.654.286	4.068.852	2.147.525	3.441.619
Exporte in die Türkei	13.392.645	27.663.410	16.385.000	13.958.617	15.086.788	16.103.173	15.122.092	14.755.154	11.703.271	13.698.261	18.206.077
<b>Israel</b>											
Importe aus Israel	529.805	734.448	636.252	773.457	1.083.963	1.285.593	1.492.854	1.141.543	784.071	719.573	829.509
Exporte nach Israel	1.512.354	2.034.068	1.047.000	1.683.039	1.307.388	1.631.094	2.084.818	2.290.445	1.537.673	1.469.349	1.669.192
<b>Iran</b>											
Importe aus dem Iran	348.913	401.466	214.000	271.637	351.439	428.460	432.921	355.129	261.386	302.550	389.421
Exporte in den Iran	2.924.444	3.291.209	2.846.000	3.359.046	3.277.140	1.900.387	1.168.616	1.325.514	1.017.214	1.881.772	1.314.796
<b>Saudi-Arabien</b>											
Importe aus Saudi-Arabien	10.488	22.763	28.357	68.755	208.880	270.151	288.623	267.121	183.278	140.762	186.738
Exporte nach Saudi-Arabien	426.412	465.991	333.493	297.668	643.092	1.088.625	789.103	897.542	770.698	350.915	770.682

\* Nach russischen Angaben;

Quelle: Trade Map – International Trade Statistics, International Trade Center, <<http://www.intracen.org/itc/market-info-tools/statistics-import-country-product/>>

Tabelle 2: Anteil des Handels mit ausgewählten Ländern des Nahen Ostens an den Gesamtimporten und -exporten Russlands

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Türkei</b>											
Anteil an den Gesamtimporten Russlands	2,09 %	2,30 %	1,89 %	2,13 %	2,08 %	2,16 %	2,31 %	2,32 %	2,23 %	1,18 %	1,51 %
Anteil an den Gesamtexporten Russlands	3,80 %	5,91 %	5,43 %	3,52 %	2,92 %	3,07 %	2,87 %	2,96 %	3,40 %	4,80 %	5,07 %
<b>Israel</b>											
Anteil an den Gesamtimporten Russlands	0,27 %	0,28 %	0,37 %	0,34 %	0,35 %	0,41 %	0,47 %	0,40 %	0,43 %	0,39 %	0,36 %
Anteil an den Gesamtexporten Russlands	0,43 %	0,43 %	0,35 %	0,42 %	0,25 %	0,31 %	0,40 %	0,46 %	0,45 %	0,51 %	0,46 %
<b>Iran</b>											
Anteil an den Gesamtimporten Russlands	0,17 %	0,15 %	0,13 %	0,12 %	0,11 %	0,14 %	0,14 %	0,12 %	0,14 %	0,17 %	0,17 %
Anteil an den Gesamtexporten Russlands	0,83 %	0,70 %	0,94 %	0,85 %	0,63 %	0,36 %	0,22 %	0,27 %	0,30 %	0,66 %	0,37 %
<b>Saudi-Arabien</b>											
Anteil an den Gesamtimporten Russlands	0,005 %	0,009 %	0,017 %	0,030 %	0,068 %	0,085 %	0,092 %	0,093 %	0,100 %	0,077 %	0,082 %
Anteil an den Gesamtexporten Russlands	0,121 %	0,100 %	0,111 %	0,017 %	0,124 %	0,207 %	0,150 %	0,180 %	0,224 %	0,123 %	0,215 %

Quelle: Trade Map – International Trade Statistics, International Trade Center, <<http://www.intracen.org/itc/market-info-tools/statistics-import-country-product/>>

## Chemiewaffenkontrolle unter Stress – Syrien und Salisbury als Lackmustests für das internationale Verbot chemischer Waffen

Una Becker-Jakob (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main)

### Zusammenfassung

Der Einsatz chemischer Waffen ist weltweit verboten. Dennoch gab es entsprechende Vorfälle im syrischen Bürgerkrieg und in Form von Attentaten wie im britischen Salisbury. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) verfügt über die nötige Expertise und geeignete Instrumente, um solche Vorfälle aufzuklären, aber diese Möglichkeiten werden nicht immer optimal genutzt. Die Durchsetzung des Chemiewaffenverbots sowie die Ahndung von Verstößen sind jedoch von der politischen Unterstützung der zentralen Akteure abhängig. Russland spielt als Schutzmacht Syriens eine ambivalente Rolle dabei, die syrischen Chemiewaffen abzurüsten und weitere Einsätze zu unterbinden, und alle relevanten Entscheidungsgremien sind derzeit aus politischen Gründen blockiert. Um weitere Chemiewaffeneinsätze zu verhindern und das Verbot zu stärken, müssten alle Beteiligten in dieser Frage viel stärker als bisher pragmatisch und jenseits enger nationaler Interessen zusammenarbeiten.

### Hintergrund: Chemiewaffen in Syrien

Die internationale Chemiewaffenkontrolle ist eine Erfolgsgeschichte. 1992 wurde nach jahrzehntelangen Verhandlungen das Chemiewaffen-Übereinkommen (CWÜ) abgeschlossen, das Besitz, Herstellung, Weitergabe und Einsatz chemischer Waffen verbietet. Seit 1997 ist der Vertrag in Kraft, die Mitgliederzahl stieg stetig auf aktuell 192 Staaten, und der allergrößte Teil der einstmals umfangreichen Chemiewaffenbestände weltweit ist mittlerweile vernichtet. Nur wenige Staaten verweigern sich dem Verbot oder gelten anderweitig als Problemfälle. Einer dieser Staaten ist Syrien. Dass Syrien ein Programm zur Entwicklung und Herstellung chemischer Waffen unterhielt und möglicherweise auch über einsatzfähige Chemiewaffen verfügte, vermuteten Experten seit langem. Das Thema erhielt große Brisanz, als im August 2013 in Ghouta bei Damaskus mindestens mehrere Hundert, möglicherweise sogar über 1000 Menschen durch einen Angriff mit dem Nervenkampfstoff Sarin starben. Die Urheberschaft dieses Angriffs ist bis heute ungeklärt. Syrien legte – überraschend für die meisten Beobachter – in der Folge sein Chemiewaffenprogramm offen, trat dem CWÜ bei und verpflichtete sich damit zum Verzicht auf diese Waffen. So wurden auf der Grundlage syrischer Angaben und unter strenger Überwachung durch die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW, engl. OPCW) von Oktober 2013 bis Januar 2016 die syrischen Produktionsanlagen, Lagerstätten und Bestände an chemischen Kampfstoffen vernichtet oder unbrauchbar gemacht. Allerdings blieben Zweifel an der Vollständigkeit der syrischen Angaben und damit an der syrischen Vertragstreue bestehen, und die Meldungen von immer neuen Chemiewaffeneinsätzen im Bürgerkrieg rissen nicht ab. Entsprechende Anschuldigungen können auch fälsch-

lich zu politischen Zwecken vorgebracht werden, und es ist kaum zu ermitteln, in wie vielen Fällen es sich tatsächlich um Angriffe mit Chemiewaffen handelte. Die OVCW nahm immerhin über siebzig solcher Anschuldigungen so ernst, dass sie eine Expertengruppe mit der näheren Untersuchung beauftragte. Bei den meisten Angriffen dürfte es sich um Einsätze von vergleichsweise geringer Tragweite gehandelt haben, die neben den Kriegsverbrechen und Grausamkeiten, die sonst im mittlerweile sieben Jahre währenden Bürgerkrieg verübt wurden, beinahe verblissen könnten. Der Einsatz chemischer Waffen – egal durch wen, mit welchen Auswirkungen und mit welchen Substanzen – stellt aber einen Völkerrechts- und Tabubruch dar, dem es entschieden entgegenzutreten gilt. Und dass chemische Waffen auch ungleich verheerendere Schäden anrichten können, haben die Angriffe im August 2013 in Ghouta, im April 2017 in Khan Sheikhun und vermutlich auch jüngst Anfang April 2018 in Duma eindrücklich gezeigt.

### Untersuchungsmöglichkeiten bei vermuteten Chemiewaffeneinsätzen

Um Chemiewaffeneinsätze strafrechtlich ahnden zu können, müssen die vermuteten Einsätze von unabhängiger und unparteiischer Seite untersucht und Beweise für die Täterschaft gesammelt und ausgewertet werden können. Auch einer politischen Verurteilung und Sanktionsbewehrung sollte idealerweise eine solche Untersuchung vorausgehen. Theoretisch stehen dafür mehrere Instrumente zur Verfügung, deren Möglichkeiten durch die politischen Rahmenbedingungen aber häufig beschränkt werden.

Die 2011 vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte »Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic« (kurz: Commission of

Inquiry) hat im Zuge ihrer Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen in Syrien bis Januar 2018 34 Einsätze chemischer Waffen bestätigt und in 23 Fällen der syrischen Regierung die Verantwortung zugewiesen. Für alle UN-Mitgliedsstaaten kann der UN-Generalsekretär vermutete Chemiewaffeneinsätze untersuchen lassen, was in Syrien 2013 im Fall des Sarin-Angriffs auf Ghouta bei Damaskus geschah. Für die CWÜ-Mitglieder ist primär die OVCW zuständig, die über einen eigenen Expertenpool und die nötige Ausrüstung verfügt. Um die zahlreichen Verdachtsfälle in Syrien untersuchen zu können, hat die OVCW eigens eine »Fact-Finding Mission« eingerichtet. Ebenso wie bei den Untersuchungen des UN-Generalsekretärs dürfen die Experten nur ermitteln, ob ein Chemiewaffeneinsatz stattgefunden hat, und nicht, wer dafür verantwortlich ist. Verdächtig ein CWÜ-Mitgliedsstaat einen anderen des Vertragsbruchs, sieht das CWÜ verschiedene Konsultations- und Vermittlungsverfahren vor, und bei der OVCW kann eine Verdachtsinspektion beantragt werden, die mit kurzer Vorwarnzeit die Vorwürfe umfassend untersucht. Allerdings ist dieses Instrument aus politischen Gründen noch nie angewendet worden und ist kaum auf eine Bürgerkriegssituation wie in Syrien ausgelegt.

Gegenwärtig untersucht die Fact-Finding Mission der OVCW die Vorfälle in Duma vom 7. April 2018; damals wurde über einen mutmaßlichen Giftgaseinsatz berichtet, bei dem etwa 40 Menschen getötet und rund 500 verletzt worden sein sollen. Westliche Regierungen gehen von einem erfolgten Chemiewaffeneinsatz aus und geben der Regierung von Präsident Assad die Schuld; ohne die OVCW-Ergebnisse abzuwarten, führten Frankreich, die USA und Großbritannien als Vergeltung am 13. April Luftschläge gegen vermutete chemiewaffen-relevante Einrichtungen in Syrien aus. Assads Regierung weist die Anschuldigungen von sich, während die russische Regierung verneint, dass überhaupt ein Giftgaseinsatz stattgefunden habe. Mit Resultaten der OVCW-Untersuchungen ist voraussichtlich Anfang Juni 2018 zu rechnen.

Der Nachweis chemischer Kampfstoffe ist technisch möglich, jedoch unter Bürgerkriegsbedingungen bisweilen schwierig. Die Ermittlung der Verantwortlichen für Chemiewaffenangriffe stellt sich noch komplizierter dar. Dafür bedarf es technischer Expertise und politischer Unterstützung. Mit dem »Joint OPCW-UN Investigative Mechanism« (JIM) existierte von 2015 bis 2017 ein chemiewaffen-spezifisches und durch ein UN-Sicherheitsratsmandat verbindliches Untersuchungsinstrument. Der JIM untersuchte elf Fälle und kam in sechs davon zu einem eindeutigen Ergebnis: Zweimal hatte demnach der »Islamische Staat« Senfgas eingesetzt, dreimal verwendeten syrische Regierungstrup-

pen Chlorgas, und einmal – im April 2017 – setzten sie Sarin ein. Damit wurde der Regierung Assad nachgewiesen, mehrfach gegen das CWÜ verstoßen und im Zuge der chemischen Abrüstung keine vollständigen Angaben gemacht zu haben, denn bei vollständiger Abrüstung wäre der Einsatz von Sarin nicht möglich gewesen. Während der JIM sich so in den Augen westlicher Staaten und der meisten Fachleute bewährte, bezweifelte Russland Ende 2017 seine Unabhängigkeit und Professionalität und verhinderte eine weitere Verlängerung der Untersuchungsmission.

### **Russlands Politik zur chemischen Abrüstung Syriens**

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien hat sich Russland hinter den syrischen Präsidenten Assad gestellt und dessen Regierung politisch und militärisch unterstützt. Das öffentlich erklärte Ziel ist es dabei, Assad im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus beizustehen. Darüber hinaus dürfte die russische Syrienpolitik von eigenen geostrategischen Interessen geprägt sein und Russland eine willkommene Gelegenheit bieten, seine weltpolitische Rolle zu stärken. Für den international weitgehend isolierten Präsidenten Assad stellt Russland wohl den wichtigsten Verbündeten dar. Neben der militärischen Präsenz in Syrien zeigt Moskau seine Unterstützung unter anderem auch im UN-Sicherheitsrat, wo es mehrmals gegen Resolutionen ein Veto einlegte, die die Assad-Regierung – auch in der Frage der Chemiewaffen – belastet hätten.

Die Bilanz der russischen Aktivitäten hinsichtlich des syrischen Chemiewaffenprogramms fällt gemischt aus. Bereits 2012 hatte der damalige US-Präsident Obama den Einsatz chemischer Waffen zu einer »roten Linie« erklärt, die eine US-Reaktion hervorrufen würde. Ein militärisches Eingreifen der USA stand somit nach dem Sarin-Einsatz im August 2013, den die USA Assad zuschrieben, als konkrete Option im Raum. Stattdessen entwickelten die Außenminister Russlands und der USA, Sergej Lawrow und John Kerry, im Herbst 2013 einen Plan, der den sofortigen syrischen CWÜ-Beitritt und die vollständige chemische Abrüstung des Landes vorsah. Es dürfte auch auf das Einwirken Russlands auf Assad zurückzuführen gewesen sein, dass dieser in den Plan einwilligte. Auch im folgenden, in der Bürgerkriegssituation äußerst schwierig zu bewerkstellenden Abrüstungsprozess war die Kooperation Russlands und der USA von zentraler Bedeutung.

Ungeachtet der sonstigen Differenzen zwischen westlichen Staaten und Russland im Kontext des Bürgerkriegs spielte Moskau bezüglich der chemischen Abrüstung also zunächst eine konstruktive Rolle. Auch der Einrichtung des JIM 2015 sowie der ersten Verlänge-

rung um ein Jahr, die 2016 anstand, stimmte Russland im UN-Sicherheitsrat zu. Mit der wachsenden Zahl der gemeldeten Chemiewaffeneinsätze, internationalen Untersuchungen und Vorwürfen an die Assad-Regierung wandelte sich jedoch die russische Haltung. So lehnte Russland es ab, Assad öffentlich die Verantwortung für den Sarin-Einsatz in Khan Sheikhun zuzuweisen – auch dann noch, als die JIM-Experten eine Verbindung festgestellt hatten. Moskau verhindert bis heute jegliche kollektive Stellungnahme in der OVCW und im UN-Sicherheitsrat, die Syrien des Chemiewaffeneinsatzes oder des Verstoßes gegen das CWÜ bezichtigen würde. Die erneute Verlängerung des JIM lehnte es Ende 2017 ebenso ab wie alle seitdem vorgelegten Vorschläge zur Einrichtung eines vergleichbaren Mechanismus oder zur Verschärfung der Sanktionen gegen Syrien.

Moskau präsentierte Ende 2017 und erneut im April 2018 einen eigenen Vorschlag für einen »UN Independent Mechanism of Investigation« (UNIMI), der wiederum von westlichen Staaten abgelehnt wurde. Dieser Vorschlag sah u. a. vor, dass Vor-Ort-Inspektionen als zwingende Voraussetzung festgeschrieben würden, was den Akteuren vor Ort, insbesondere der syrischen Regierung, mehr Einflussmöglichkeiten auf die Untersuchungen eingeräumt hätte, und dass die abschließende Beurteilung der Täterschaft nicht dem Expertengremium, sondern dem UN-Sicherheitsrat vorbehalten – und damit veto-fähig – sein sollte. Diese Bedingungen sind auch aus neutraler Abrüstungspolitischer Perspektive abzulehnen, da sie die effektive, unabhängige Untersuchung und Täterermittlung nach Chemiewaffeneinsätzen erschweren würden. Angesichts der großen Differenzen sind die Chancen für einen Kompromiss und für eine Einigung auf einen neuen Untersuchungsmechanismus im UN-Sicherheitsrat derzeit als äußerst gering einzuschätzen.

### **Der »Fall Skripal« und die internationale Chemiewaffenkontrolle**

Obleich ganz anders gelagert, unterstreicht auch der »Fall Skripal«, wie wichtig unabhängige Untersuchungen im Kontext von Chemiewaffen sind. Anfang März 2018 wurden in der britischen Stadt Salisbury der ehemalige Spion Sergej Skripal und seine Tochter Julia Skripal Opfer eines Angriffs mit einem Nervenkampfstoff der »Novitschok«-Gruppe. Diese Stoffe wurden ab den 1970er Jahren in der damaligen Sowjetunion erforscht und entwickelt; Informationen und Proben gelangten nach 1990 auch in westliche Länder. Die OVCW-Experten haben die Identität des Kampfstoffs inzwischen bestätigt, aber eine unabhängige Untersuchung zur Täterschaft erfolgte nicht. Großbritannien schrieb, unterstützt von Verbündeten, von Anfang an

der russischen Regierung die Verantwortung zu, während der Kreml dies zurückwies und verschiedene alternative Erklärungen veröffentlichte. Begleitet von Fehlinformationen und verbalen Provokationen auf beiden Seiten löste der Fall eine diplomatische Krise aus und verschärfte den ohnehin bestehenden Konflikt zwischen Russland einerseits und westlichen Staaten, v. a. Großbritannien, Frankreich, USA und auch Deutschland, andererseits. Zwar sind Attentate wie dieses primär ein Fall für polizeiliche Ermittlungen und nationale politische Entscheidungen, nicht für internationale Organisationen. Da aufgrund des verwendeten Kampfstoffs Zuständigkeiten der OVCW berührt werden und da die internationalen Verwicklungen weiteres Konfliktpotenzial bergen, hätte eine stärkere Involvierung der Organisation und der Rückgriff auf Konsultations- und Aufklärungsverfahren des CWÜ jedoch hilfreich sein können, um den Zwist konstruktiver zu bearbeiten.

Die vorhandenen Möglichkeiten wurden aber von keiner Seite ausgeschöpft. Der russische Außenminister Lawrow unternahm zudem den Versuch, die Arbeitsweise und Untersuchungsergebnisse der OVCW öffentlich zu diskreditieren, indem er der Organisation vorwarf, die Ergebnisse selektiv im westlichen Sinne zu präsentieren. Tatsächlich bezogen sich Lawrows Angaben – es sei auch der im NATO-Kontext entwickelte Stoff BZ gefunden, im Bericht aber nicht angemessen erwähnt worden – auf Prüfergebnisse, die im Rahmen einer standardmäßig unternommenen Qualitätskontrolle erzielt wurden und die in keinerlei Zusammenhang mit den Attentaten in Salisbury standen.

### **Konsequenzen der aktuellen Krisen für das internationale Verbot chemischer Waffen**

Die jüngsten Ereignisse und Kontroversen um Chemiewaffen in Syrien und Großbritannien illustrieren, dass die internationale Staatengemeinschaft eine unabhängige und technisch fundierte Tatsachenermittlung sowie unabhängige Untersuchungen zur Frage der Täterschaft braucht, um dem Besitz und Einsatz von Chemiewaffen egal für welche Zwecke entgegenzuwirken. Nur so kann gezielten Desinformationsstrategien begegnet werden, können die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen, dadurch zukünftige potenzielle Täter abgeschreckt und weitere Einsätze verhindert werden. Um das zu erreichen, bedarf es allerdings der Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft und – angesichts der gegenwärtigen Struktur des internationalen Systems – insbesondere aller fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder. Es ist äußerst bedauerlich, dass diese Unterstützung, die lange bestand, gegenwärtig schwindet.

Noch stellt niemand das Chemiewaffenverbot in Frage. Kein Akteur gibt Einsätze zu oder spricht ihnen

in irgendeiner Form Legitimität zu. Dies ist beruhigend und zeigt, dass die internationale Norm gegen Chemiewaffen doch noch ihre Wirkung entfaltet. Allerdings klaffen Rhetorik und Praxis auseinander, etwa wenn Moskau zwar nominell das CWÜ unterstützt, zugunsten eigener geostrategischer und machtpolitischer Interessen aber die chemiewaffenbezogenen Aktivitäten Assads in Kauf nimmt und deckt. Bezüglich der »Novitschok«-Stoffe im Fall Skripal ist zu beklagen, dass die Sache nicht mit der eigentlich gebotenen Transparenz und Kooperationsbereitschaft bearbeitet wurde, die im Sinne des CWÜ gewesen wäre. Das einseitige Agieren der westlichen Protagonisten – z. B. durch politische und militärische Sanktionen – mag durchaus vom Wunsch motiviert sein, die Norm gegen Chemiewaffen zu stützen. Das Um- oder Übergehen von internationalen Prozeduren z. B. der OVCW sowie (zum Teil völkerrechtswidrige) Alleingänge, die den Ergebnissen internationaler unabhängiger Untersuchungen vorgreifen, können aber auch als Signal für mangelndes Vertrauen in die bestehenden multilateralen Strukturen interpretiert werden. Für die Stärkung der internatio-

nen Chemiewaffenkontrolle kann all dies langfristig kontraproduktiv wirken.

Es ist daher zu begrüßen, dass einige Staaten unter der Federführung Großbritanniens nun eine Sondersitzung der Vertragsstaatenkonferenz bei der OVCW beantragt haben, um nach Wegen zu suchen, wie das Chemiewaffenverbot und die OVCW angesichts der jüngsten Herausforderungen gestützt und gestärkt werden können. Diese Sondersitzung wird Ende Juni 2018 stattfinden. Sie bietet allen Vertragsstaaten einmal mehr die Chance, ihrer rhetorischen Unterstützung für das Chemiewaffenverbot auch durch ihr Handeln im multilateralen Rahmen Ausdruck zu verleihen. Das CWÜ setzt einen klaren rechtlichen und institutionellen Rahmen für die Abschaffung aller chemischen Waffen. Indem es jegliche Unterstützung für die fortgesetzte Existenz chemischer Waffen illegitim macht, stellt es zudem einen moralischen Standard dar. Alle Staaten, die für sich beanspruchen, auf der »richtigen Seite« zu stehen, werden sich und ihr Verhalten an diesem Standard messen lassen müssen.

#### *Über die Autorin*

Una Becker-Jakob ist seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programmbereich »Internationale Sicherheit« des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Sie befasst sich dort vor allem mit politischen, völkerrechtlichen und technischen Aspekten des Biowaffenverbots und der Biosicherheit sowie mit der Abrüstung und Nichtverbreitung von Chemiewaffen.

#### *Lesetipps*

- Becker-Jakob, Una 2018: No Impunity for Chemical Warfare. What Are the Options for Ending the Use of Chemical Weapons? PRIF Spotlight 3/2018, <<https://www.hsfk.de/publikationen/publikationssuche/publikation/no-impunity-for-chemical-warfare/>>
- Meier, Oliver 2016: Gefahren durch Chemiewaffen in Syrien. Unvollendete Abrüstungsmission und internationale Kontrollanstrengungen, SWP-Aktuell, 25. April 2016, <[https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A25\\_mro.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A25_mro.pdf)>
- Trapp, Ralf 2017: The Use of Chemical Weapons in Syria: Implications and Consequences, in: B. Friedrich et al. (Hg.): *One Hundred Years of Chemical Warfare – Research, Deployment, Consequences*, Springer Open 2017, S. 363–375, Open Access DOI 10.1007/978-3-319-51664-6\_19

#### *Nützliche Links*

- Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic, <<http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/IICISyria/Pages/IndependentInternationalCommission.aspx>>
- Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons, <<http://www.opcw.org>>
- Syria and the OPCW, <<https://www.opcw.org/special-sections/syria/>>
- The Fact-Finding Mission, <<https://www.opcw.org/special-sections/syria/the-fact-finding-mission/>>
- Secretary General's Mechanism for Investigation of Alleged Use of Chemical and Biological Weapons, <<https://www.un.org/disarmament/wmd/secretary-general-mechanism/>>



## Russlands neues Kabinett

**Tabelle 1: Russlands neues Kabinett: Ministerpräsident und Vize-Ministerpräsidenten**

Posten	Zuständigkeitsbereich	Name
Ministerpräsident		Dmitrij Medwedew
Erster stellvertretender Ministerpräsident	Nationales Projekt zur Entwicklung des Außenhandels; nationales Projekt zur Verbesserung der Arbeitseffizienz und Förderung der Beschäftigung; Erreichung der Hauptziele von Russlands sozio-ökonomischer Entwicklung; kohärente Fiskal-, Kredit- und Geldpolitik; staatliche Finanzplanung, Staatshaushalt, Steuerpolitik; Regulierung der Finanzmärkte; Regierungspolitik im Bereich der ausländischen wirtschaftlichen Kooperation; Außenpolitik; Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation; Einwanderung; Zölle	Anton Siluanow
Stellvertretender Ministerpräsident	Überwachung der Implementierung von Regierungsentscheidungen durch föderale Exekutivorgane; Entwicklung des Monitoringsystems zur Effizienz und den Ergebnissen der Tätigkeit der föderalen Behörden im Rahmen der Verwaltungsreform; Effizienzsteigerung bei der Wahrnehmung der Zuständigkeiten durch föderale und regionale Behörden im Rahmen der Verwaltungsreform; zwischenstaatliche Kommissionen; Implementierung von Regierungspolitik im Bereich der Justiz: Kooperation mit Justizbehörden und Staatsanwaltschaft; Massenkommunikation und Medien; Kooperation mit religiösen Organisationen	Konstantin Tschujtschenko
Stellvertretender Ministerpräsident	Digitalwirtschaft; nationales Projekt zum Bau sicherer und hochwertiger Straßen; Digitalisierung der staatlichen Verwaltung; digitale Entwicklung; Staatspolitik im Bereich Transport, einschließlich Verkehrssicherheit; Kommunikation; Innovation; geistiges Eigentum	Maksim Akimow
Stellvertretender Ministerpräsident	Gewährleistung der Verteidigungs- und Mobilisierungsbereitschaft; Entwicklung der Verteidigungs-, Nuklear-, Raketen-/Raumschiff-, Schiffsbau-, Flugzeug- und Funkindustrien; staatliches Rüstungsbeschaffungsprogramm und staatliche Verteidigungsaufträge; Entwicklung und Nutzung des GLONASS Navigationssystems; Aufrüstung der Grenzanlagen; nukleare Aufsicht; internationale militärische Kooperation	Jurij Borisow
Stellvertretende Ministerpräsidentin	Demographische Entwicklung; nationale Projekte für Gesundheit, Bildung und Wissenschaft; Staatspolitik im Bereich Gesundheit und soziale Entwicklung, einschließlich Lohn, Lebensstandards und Einkommen; Sozial- und Krankenversicherungen, sowie Renten; Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen; Bildung und Wissenschaft; Jugendpolitik	Tatjana Golikowa

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

**Tabelle 1: Russlands neues Kabinett: Ministerpräsident und Vize-Ministerpräsidenten (Fortsetzung)**

Posten	Zuständigkeitsbereich	Name
Stellvertretende Ministerpräsidentin	Nationales Kulturprogramm; Staatspolitik im Bereich Kultur, Tourismus, Förderung von Körperkultur und Sport	Olga Golodez, im Amt seit 21. Mai 2012
Stellvertretender Ministerpräsident	Nationale Projekte für die Umwelt; Agrarwirtschaft; Biotechnologie; Fischerei; Forstwirtschaft und Holzindustrie; Management der natürlichen Ressourcen und Umweltschutz	Aleksej Gordejew
Stellvertretender Ministerpräsident	Staatspolitik in den Gebieten Industrie (mit Ausnahme der Verteidigungsindustrie); Brennstoff- und Energiekomplex, sowie Stromerzeugung; technische Regulationen; technologische Aufsicht; Binnenhandel	Dmitrij Kosak, im Amt seit 21. Mai 2012
Stellvertretender Ministerpräsident	Nationale Projekte zum Wohnungsbau und zur urbanen Entwicklung; umfassende sozio-ökonomische Entwicklung Russlands kommunaler Entitäten; staatliche Ethnizitätspolitik, Verbesserung der institutionellen und rechtlichen Grundlage ethnischer Beziehungen; Maßnahmen zur Reduzierung der Schere in der sozio-ökonomischen Entwicklung verschiedener Regionen und Wachstumsförderung; Machtverteilung und Koordination zwischen den föderalen, regionalen und lokalen Regierungsorganen	Witalij Mutko, im Amt seit 19. Oktober 2016
Stellvertretender Ministerpräsident	Staatspolitik zur umfassenden sozio-ökonomischen Entwicklung des Föderationskreis Ferner Osten; Regulierung und Überwachung des Einsatzes von staatlicher finanzieller Unterstützung des Föderationskreises Ferner Osten; Erhöhung der Investitionsattraktivität	Jurij Trutnew, im Amt seit 31. August 2013

Quelle: Offizielle Webseite der Regierung der Russischen Föderation, <<http://government.ru/en/gov/responsibilities/>>

**Tabelle 2: Russlands neues Kabinett: Minister**

Posten	Zuständigkeitsbereich	Name
Minister für natürliche Ressourcen und Umwelt	Erforschung, Nutzung, Reproduktion und Schutz natürlicher Ressourcen, einschließlich mineralischer Ressourcen, Gewässer, Waldflächen, Tiere und ihrer Lebensräume	Dmitrij Kobylkin
Minister für die Entwicklung des Fernen Ostens Russlands	Implementierung staatlicher Programme; Verwaltung des staatlichen Eigentums in der Region	Alexander Koslow
Minister für Sport	Körperkultur und Sport; Bereitstellen von staatlichen Leistungen (einschließlich Anti-Doping Maßnahmen); Verwaltung des öffentlichen Eigentums im Bereich Körperkultur und Sport	Pawel Kolobkow, im Amt seit 19. Oktober 2016

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 2: Russlands neues Kabinett: Minister (Fortsetzung)**

Posten	Zuständigkeitsbereich	Name
Innenminister	Implementierung von Regierungspolitik und gesetzlichen Regulationen im Bereich der inneren Angelegenheiten und die Ausarbeitung von Regierungspolitik im Bereich der Migration	Wladimir Kolokolzew, im Amt seit 21. Mai 2012
Justizminister	Strafvollzug; Registrierung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs); Notariat; staatliche Registrierung von Bevölkerungsstatistiken; Einhaltung offizieller Abläufe durch Gerichte; Implementierung von Gerichtsentscheidungen; kostenlose Rechtsberatung	Alexander Konovalow, im Amt seit 12. Mai 2008
Minister für die Angelegenheiten des Nordkaukasus	Koordination der Implementierung staatlicher Programme im Nordkaukasus	Sergej Tschebotarew
Außenminister	Entwerfen und Implementierung von Regierungspolitik und gesetzlichen Regulationen im Bereich der Außenbeziehungen Russlands	Sergej Lawrow, im Amt seit 9. März 2004
Minister für Industrie und Handel	Industrie- und Verteidigungssektoren; Energieeinsparungen und Ausbau der Energieeffizienz beim Warentransport; technische Regulationen und Einheitlichkeit der Maßeinheiten; Außen- und Binnenhandel	Denis Manturow, im Amt seit 21. Mai 2012
Kulturminister	Kultur; Kunst; historisches und kulturelles Erbe; Kinematographie; Archivierung; Tourismus; Urheberrechte	Wladimir Medinskij, im Amt seit 21. Mai 2012
Minister für Bau, Wohnungswesen und Betriebsmittel	Bau, Architektur, urbane Entwicklung, Wohnungswesen; Bereitstellung öffentlicher Dienste; Verwaltung staatlichen Eigentums	Wladimir Jakuschew
Minister für digitale Entwicklung, Kommunikation und Massenkommunikation*	Informationstechnologie; Telekommunikation; Postdienstleistungen; Massenkommunikation und Massenmedien (elektronische und Printmedien); Buchdruck und -veröffentlichungen	Konstantin Noskow
Energieminister	Öl- und Kraftstoffsektor; Angelegenheiten der elektrischen Energie-Industrie; Ölförderungs-, Ölverarbeitungs-, Gas-, Kraftstoff-Industrien; Hauptöl- und Hauptgaspipelines; erneuerbare Energiequellen	Alexander Nowak, im Amt seit 21. Mai 2012
Minister für wirtschaftliche Entwicklung	Sozioökonomische Analysen und Prognosen; Geschäftsentwicklung; Schutz der Rechte juristischer Personen und selbstständiger Unternehmen; Produkte (Arbeit, Dienstleistungen), die dem Schutz staatlicher Geheimnisse dienen; Produkte (Arbeit, Dienstleistungen) und Anlagen der nuklearen Sicherheit; Insolvenz und finanzielle Rehabilitation; Investitionsgeschäfte und staatliche Investitionen	Maxim Oreschkin, im Amt seit 30. November 2016
Minister für Zivilschutz und Katastrophenhilfe	Kontrolle und Aufsicht des Zivilschutzes; Schutz der Bevölkerung und Gebiete vor natürlichen und menschengemachten Katastrophen; Gewährleistung von Wasser- und Brandschutz	Jewgenij Sinitschew

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

**Tabelle 2: Russlands neues Kabinett: Minister (Fortsetzung)**

Posten	Zuständigkeitsbereich	Name
Verteidigungsminister	Entwerfen und Implementierung von Regierungspolitik und gesetzlichen Regulationen im Bereich der Verteidigung; Verwalten des Eigentums der russischen Streitkräfte und ihnen untergeordneter Organisationen	Sergej Schojgu, im Amt seit 6. November 2012
Finanzminister	Budget; Steuern; Versicherung; Devisen; Bankenwesen; Kreditgenossenschaften; Staatsverschuldung; Prüfungswesen; Zölle; Pensionskassen; finanzielle Unterstützung der öffentlichen Dienstleistung	Anton Siluanow, im Amt seit 27. September 2011
Gesundheitsministerin	Gesundheitswesen; Pflichtkrankenversicherung, Produktion und Verteilung von Pharmazeutika zu medizinischen Zwecken (Prävention, Behandlung, Rehabilitation); Qualitäts-, Effizienz- und Sicherheitskontrollen von Pharmazeutika	Weronika Skworzowa, im Amt seit 21. Mai 2012
Minister für Transportwesen	Zivile Luftfahrt; Luftraumüberwachung; Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten für Fluggesellschaften im russischen Luftraum; aeronautische Such- und Rettungsdienste; maritimer, Schienen- und Motor-, städtisch elektrischer und industrieller Transport; Straßeninfrastruktur	Jewgenij Ditrich
Minister für Landwirtschaft	Landwirtschaft und ihr zugehörige Industrien; Viehwirtschaft; veterinäre Dienstleistungen; Pflanzenbau; phytosanitäre Kontrolle; Bodenverbesserung und -fruchtbarkeit; Lebensmittelindustrie; Produktion und Verkauf von Tabak Produkte; nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums	Dmitrij Patruschew
Minister für Arbeit und Sozialschutz	Demographie; Arbeit; Lebensstandards; Einkommensniveau; Arbeitsvergütung; Rentenabdeckung; soziale Sicherung (abgesehen von Pflichtkrankenversicherungen); Arbeitsbedingungen und -schutz; Erwerbstätigkeit; Arbeitsmigration; soziale Sicherung von Familien, Frauen, Kindern, Senioren und Veteranen	Maksim Topilin, im Amt seit 21. Mai 2012
Bildungsministerin**	Schulbildung; Kindergärten; Berufsausbildung; Vormundschaft und Sorgerecht von Minderjährigen im Bildungsbereich; soziale Unterstützung und soziale Sicherung von Schülern; Jugendpolitik	Olga Wasiljewa, im Amt seit 16. August 2016
Minister für Wissenschaft und höhere Bildung	Hochschulbildung; staatliche Politik im Bereich Wissenschaft und Forschung	Michail Kotjukow

\* Das Ministerium für Kommunikation wurde durch das Ministerium für digitale Entwicklung, Kommunikation und Massenkommunikation ersetzt

\*\* Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft wurde ins Bildungsministerium und das Ministerium für Wissenschaft und höhere Bildung unterteilt

Quelle: Offizielle Webseite der Regierung der Russischen Föderation, <<http://government.ru/gov/persons/#federal-ministers>>

## 14. – 31. Mai 2018

14.05.2018	Der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Arkadij Dworkowitsch wird in den Vorstand der russischen Eisenbahngesellschaft berufen. Der Verwaltungsrat der Eisenbahngesellschaft nominierte außerdem den ehemaligen Gouverneur der Region Krasnojarsk, Wiktor Tolokonskij und den Vorsitzenden der russischen Agrarbank »Rosselchosbank«, Dmitrij Patruschew, den Sohn des ehemaligen Direktors des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) und heutigen Sekretärs des Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew.
14.05.2018	Der Rat der Europäischen Union fügt fünf weitere Personen zu der aufgrund der Krim-Annexion im Frühjahr 2014 beschlossenen Sanktionsliste hinzu. Begründet wird dieser Schritt mit der Durchführung der russischen Präsidentschaftswahl auf der Krim im März 2018. Aufgenommen werden unter anderem Inna Gusejewa, stellvertretende Vorsitzende der Wahlkommission der Krim, und der Vorsitzende der Wahlkommission von Sewastopol, Aleksandr Petuchow.
14.05.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft im südrussischen Sotschi den neuen armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan. Putin betont, dass Armenien Russlands engster Partner und Verbündeter in der Region sei und weist auf die Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern hin. Paschinjan wiederum bedankt sich für die neutrale Haltung, die Russland während des Konfliktes um die armenischen Wahlen im April eingenommen hatte, und äußert seine Hoffnung auf einen Ausbau der Zusammenarbeit im militärtechnischen Bereich.
14.05.2018	Der ehemalige Finanzminister und jetzige Leiter des »Zentrums für strategische Entwicklung«, Alexej Kudrin, wird neuer Leiter des Rechnungshofes. Seinen bisherigen Posten am »Zentrum für strategische Entwicklung« wird er behalten. Kudrin kündigt an, seine Arbeit am Rechnungshof für einen intensiven Kampf gegen die Korruption im Finanzsektor nutzen zu wollen.
14.05.2018	Der Nettogewinn des staatlichen Erdölkonzerns »Rosneft« betrug im ersten Quartal 2018 rund 81 Milliarden Rubel (etwa 1,1 Mrd. Euro). Der Umsatz stieg um 22,1 % im Vergleich zum Vorjahr auf 1,7 Billionen Rubel (etwa 23,1 Mrd. Euro).
14.05.2018	Mit einem offenen Brief wenden sich 60 russische Künstler und Wissenschaftler an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Sie bitten ihn darin, den Fall des im Januar in Tschetschenien verhafteten Leiters des dortigen Menschenrechtszentrums von »Memorial«, Ojub Titijew, auf zentraler Ebene überprüfen zu lassen. Die Unterzeichner, zu denen unter anderem der Schriftsteller Dmitrij Bykow und die Menschenrechtsaktivistin Ljudmila Alexejewa gehören, sind der Überzeugung, dass die Vorwürfe gegen Titijew konstruiert wurden, um die Arbeit von »Memorial« in Tschetschenien zu erschweren.
14.05.2018	Der ukrainische Regisseur Oleg Senzow tritt in einen unbefristeten Hungerstreik. Senzow war im August 2015 in Rostow am Don zu 20 Jahren Haft wegen der Organisation einer terroristischen Vereinigung und der Vorbereitung von Terroranschlägen verurteilt worden. Mit seinem Hungerstreik will er die Freilassung aller ukrainischen politischen Gefangenen in Russland erreichen.
15.05.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin eröffnet die Krim-Brücke, die die Halbinsel Krim über die Straße von Kertsch mit der russischen Halbinsel Taman in der Region Krasnodar verbindet, für den Autoverkehr. Sie ist die erste direkte Landverbindung Russlands mit der Krim. Der Bau der Brücke war immer wieder diskutiert und im Zuge der Annexion der Krim im Jahr 2014 durch die russische Regierung beschleunigt worden, da die Ukraine als Reaktion auf die Annexion alle Versorgungslinien über Land zur Krim blockierte. Die Europäische Union verurteile in einer ersten Stellungnahme den Bau der Brücke als weiteren völkerrechtswidrigen Akt, der die territoriale Integrität der Ukraine erneut verletze.
15.05.2018	Das Twerskoj-Bezirksgericht in Moskau verurteilt den Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj zu einer 30-tägigen Haftstrafe wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht bei der Durchführung der Protestveranstaltung am 5. Mai in Moskau. Außerdem stellt ihn das Gericht für weitere 15 Tage unter Arrest, da er sich auf der Kundgebung den Anweisungen der Sicherheitsorgane widersetzt habe.

15.05.2018	Dem deutschen Journalisten und ARD-Dopingexperten Hajo Seppelt wird die Einreise nach Russland zur Fußball-Weltmeisterschaft nun doch erlaubt. Es bleibt allerdings unklar, ob Seppelt auch aus Russland berichten darf. Die Sprecherin des russischen Ermittlungskomitees, Swetlana Petrenko, kündigt an, Seppelt im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Grigorij Rodtschenko vernehmen zu wollen, sollte er nach Russland einreisen. Rodtschenko ist ein wichtiger Zeuge im Fall des angeblichen Staatsdopings Russlands bei den Olympischen Spielen 2014 in Sotschi.
16.05.2018	Jurij Kotler, ehemaliger Vizepräsident der »Wneschtorgbank« (WTB, dt.: »Außenhandelsbank«) und Mitglied des Expertenrates der Regierungspartei »Einiges Russland« wird tot in seiner Wohnung aufgefunden. Das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation geht von Selbstmord aus.
17.05.2018	Der ehemalige stellvertretende Kulturminister Grigorij Pirumow und der Leiter der Unternehmensgruppe »Rospan«, Nikita Kolesnikow, werden wegen Veruntreuung von 450 Millionen Rubel (etwa 6,1 Mio. Euro) verhaftet. Laut Swetlana Petrenko, der Sprecherin des russischen Ermittlungskomitees, soll es Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Bauaufträgen für die Eremitage in St. Petersburg gegeben haben.
17.05.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft im südrussischen Sotschi den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Er gratuliert Assad zu dessen Erfolgen im Kampf gegen Terroristen und verspricht Unterstützung bei der Schaffung von Bedingungen zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses in Syrien. Außerdem begrüßte Putin Assads Entscheidung, zur Bildung eines Verfassungsausschusses Vertreter zu den Vereinten Nationen zu entsenden.
18.05.2018	Arkadij Dworkowitsch, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident, wird stellvertretender Vorsitzender des Rates der »Skolkowo-Stiftung«. Er ist damit Nachfolger von Craig Barrett. Der Präsident von »Intel« entschied sich Ende 2017, aus dem Stiftungsrat auszuschcheiden. »Skolkowo« ist ein 2010 gegründetes Innovations- und Technologiezentrum, das das US-amerikanische Silicon Valley zum Vorbild hat.
18.05.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret zur Ernennung einer neuen Regierung. Vorgesehen ist ein neues Ministerium für digitale Entwicklung, Kommunikation und Massenkommunikation (das das Ministerium für Kommunikation ersetzt), Minister wird Konstantin Noskow. Neuer Landwirtschaftsminister wird Dmitrij Patruschew. Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft wird unterteilt. Neu gebildet wird das Ministerium für Wissenschaft und höhere Bildung, das Michail Kotjukow leiten wird. Bildungsministerin bleibt Olga Wassiljewa.
18.05.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft im südrussischen Sotschi gemeinsam mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ein wichtiges Thema der Gespräche ist der Bau der Ostseepipeline »Nord Stream 2«. Merkel betont dabei die Bedeutung der Garantien, die der Ukraine in diesem Zusammenhang gegeben werden könnten. Putin hingegen unterstreicht, dass ein weiterer Transit von Gas durch die Ukraine nur stattfinden könne, wenn es für Russland wirtschaftlich sinnvoll sei. Differenzen gibt es z. B. in Bezug auf eine mögliche UN-Mission in der Ostukraine.
22.05.2018	Der Bürgermeister von Jekaterinburg, Jewgenij Rojsman, kündigt seinen Rücktritt an. Er tue dies aus Protest gegen die geplante Abschaffung der Direktwahl des Bürgermeisters, die die städtische Duma am 3. April beschlossen hatte. Der Bürgermeister soll in Zukunft von der Stadtduma gewählt werden.
22.05.2018	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, das Maßnahmen zur Reaktion auf Sanktionen westlicher Staaten festlegt. Unter anderem sieht das Gesetz vor, die Zusammenarbeit mit Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, einzustellen. Betroffen sind hierbei auch Organisationen, die ihren Sitz in einem solchen Land haben. Außerdem soll es Ein- und Ausfuhrbeschränkungen geben.
23.05.2018	Der russische Finanzminister Anton Siluanow wird als Aufsichtsratsvorsitzender der »Wneschtorgbank« (WTB, dt. »Außenhandelsbank«) wiedergewählt. Die WTB ist – nach der »Sberbank« – das zweitgrößte Kreditinstitut in Russland und befindet sich zu 60,9 % in Staatsbesitz.

24.05.2018	In St. Petersburg wird das »Internationale Wirtschaftsforum« eröffnet. Bis Samstag hat ein internationales Publikum die Möglichkeit, sich über Themen wie den Einsatz künstlicher Intelligenz in der Wirtschaft, die Verwendung von Blockchain-Technologien und innovative Technologien in der Medizin auszutauschen. Eröffnet wird das Forum vom russischen Finanzminister Anton Siluanow.
24.05.2018	Die Untersuchungskommission unter Vorsitz der Niederlande, die zum Abschuss des Flugs MH 17 der »Malaysia Airlines« im Juli 2014 über der Ostukraine ermittelt, gibt ihre Untersuchungsergebnisse bekannt. Demnach sei das Flugzeug von einer Rakete des Typs »Buk-M1« abgeschossen worden, die von der 53. Flugabwehrbrigade im russischen Kursk stammte. Diese ist Teil der russischen Streitkräfte. Der leitende Ermittler Fred Westerbeke erklärte, dass nun gezielt untersucht werde, inwieweit die Brigade selbst aktiv am Abschuss der Maschine beteiligt gewesen sei. Der Verteidigungsminister der »Donezker Volksrepublik« und das russische Verteidigungsministerium weisen die Vorwürfe zurück.
24.05.2018	Am Rande des »Internationalen Wirtschaftsforums« in St. Petersburg empfängt der russische Präsident Wladimir Putin den französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Macron betont, dass die europäischen Sanktionen gegen Russland solange aufrechterhalten werden, wie es keine Fortschritte in der Lösung des Konflikts um die Ukraine gebe. Beide Präsidenten sind sich einig, dass die Minsker Vereinbarung zur Durchsetzung des Friedens in der Ostukraine konsequent umgesetzt werden müssen. Außerdem sprachen sie über die Ankündigung Trumps, aus der Atomvereinbarung mit dem Iran auszutreten.
24.05.2018	Der ehemalige erste stellvertretende Ministerpräsident Igor Schuwalow wird neuer Leiter der »Wneschekonombank« (WEB, dt. »Bank für Außenwirtschaft«). Das staatliche Kreditinstitut verwaltet die Auslandsschulden und die Mittel der Rentenversicherungsanstalt der Russischen Föderation.
25.05.2018	In der Tretjakow-Galerie in Moskau beschädigt ein Betrunkener mit einem Metallpfosten das weltberühmte Gemälde »Iwan der Schreckliche und sein Sohn Iwan am 16. November 1581« von Ilja Repin. Die Museumsleitung teilt mit, dass die Leinwand an drei Stellen zerrissen sei. Der Mann wurde festgenommen.
26.05.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein japanischer Amtskollege Shinzoe Abe rufen auf einem Treffen in Moskau zu Zurückhaltung im Konflikt zwischen Nord- und Südkorea auf. Zudem werden Gespräche geführt, um den Streit um die südlichen Kurilen beizulegen. In Zukunft soll es ein Abkommen über gemeinsame wirtschaftliche Aktivitäten in der Region geben.
29.05.2018	Der viermalige Fecht-Olympiasieger Stanislaw Posdnjakow wird zum neuen Präsidenten des russischen nationalen olympischen Komitees gewählt. Der bisherige Präsident, Alexander Shukow, war von seinem Posten zurückgetreten, da die Arbeitsbelastung als stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma zu groß sei. Posdnjakows erster Stellvertreter wird der Putin-Berater Igor Lewitin.
29.05.2018	Der ukrainische Geheimdienst SBU meldet den Tod des russischen Journalisten und Autors Arkadij Babschenko. Er sei in seinem Wohnhaus in Kiew erschossen aufgefunden worden. Die Meldung über seinen Tod löst international große Bestürzung aus.
30.05.2018	Der ukrainische Geheimdienst SBU gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, dass Arkadij Babschenko lebt. Seine Ermordung sei vorgetäuscht worden, um den Hintermännern eines geplanten Mordanschlags auf den Journalisten auf die Spur zu kommen. Laut Angaben ukrainischer Behörden soll der russische Geheimdienst einen Mann für die Organisation des Mordes an Babschenko beauftragt haben. Dieser sei festgenommen worden. Der Fall löste eine Debatte über die Verhältnismäßigkeit der Mittel und das Recht auf Falschinformation seitens staatlicher Institutionen aus.
30.05.2018	Der von Russland wegen Steuerhinterziehung mit internationalem Haftbefehl gesuchte Finanzinvestor William Browder wird von der spanischen Polizei festgenommen, musste dann jedoch wieder freigelassen werden, da der Haftbefehl keine Gültigkeit mehr hatte. Browder war 2013 vom Twerskoj-Bezirksgericht in Moskau zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt worden und wird seitdem international gesucht.

30.05.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin ernennt Wassilij Orlow zum neuen Gouverneur des Amur-Gebiets. Alexander Koslow, der diesen Posten bisher innehatte, ist nun Minister für die Entwicklung des Fernen Ostens.
31.05.2018	Der russische Außenminister Sergej Lawrow besucht in Pjöngjang den nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un. Lawrow ruft dabei zu Geduld in der Annäherung Nord- und Südkoreas sowie bei den Verhandlungen um das nordkoreanische Atomprogramm auf.
31.05.2018	Die britische Zeitung »Financial Times« berichtet in Berufung auf verschiedene Quellen, dass die Ausschüttung von Dividenden durch »Norilsk Nickel« aufgrund der gegen »Rusal« verhängten US-Sanktionen fraglich sei. »Rusal« hält 27,8 Prozent der Aktien von »Norilsk Nickel«.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Alena Göbel*

*Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.*

**Herausgeber:**

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

**Redaktion:**

Evgeniya Bakalova (verantwortlich) und Anastasia Stoll  
 Redaktionsassistent: Merle Huber  
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder  
 Chronik: Alena Göbel  
 Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München  
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich  
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>





# Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

## Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

## Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

